

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint werktags nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages.
Bezugspreis: Unmittelbar od. durch die Postanstalten 10 R. monatl. Einzelne Nr. 40 Pf.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.
Postfachkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Anknüpfungsteile 4 R., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 8 R., unter Eingekauft 10 R. Ermäßigung auf Familien- u. Geschäftsanzeigen.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Beitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Zeichnungslisten der Verwaltung der Staatsschulden und der Landeskulturrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsabluß der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzplanzen auf den Staatsforstrevieren.
Beauftragt mit der Oberleitung (und präseßelichen Vertretung für den schriftstellerischen Teil): Regierungsrat Doenges in Dresden.

Nr. 16

Donnerstag, 19. Januar

1922

Dresden, 18. Januar.

Besprechung der Ministerpräsidenten in Berlin.

(St. K.) Ministerpräsident Sud wird sich am Freitag, den 20. Januar, nach Berlin begeben, um auf Einladung des Reichskanzlers an einer Besprechung der Ministerpräsidenten der deutschen Länder teilzunehmen.

Der amerikanische Botschafter für das Deutsche Reich.

Die deutsche Regierung hat das Argument zu der Ernennung des Mitgliedes des amerikanischen Repräsentantenhauses Houghton zum Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Berlin erteilt.

Die Reparationsberatungen in Berlin.

Im Laufe des gestrigen Vormittags war das Reparationsproblem wieder Gegenstand eingehender Beratungen in den einzelnen zuständigen Ministerien des Reichsministeriums. Es verläuft, daß in der heutigen Sitzung des Auswärtigen Ausschusses Reichskanzler Dr. Brüning Mitteilungen über die Entwicklung des Reparationsproblems, die Verhandlungen in Genua und die bevorstehende Konferenz in Genua machen wird. Die Rede des Reichskanzlers wird jedoch wahrscheinlich für vertraulich erklärt werden. Im übrigen ist anzunehmen, daß die Reichsregierung nunmehr auf ihrer bisherigen Zurückhaltung beharren wird und auch in der Öffentlichkeit zu dem gegenwärtigen Stande des Reparationsproblems sowie zur allgemeinen politischen Lage Stellung nehmen wird. Ob die Regierungserklärung schon in der ersten Plenarsitzung des Reichstages am Donnerstag erfolgen wird, hängt hauptsächlich von dem Verlauf der heutigen Sitzung des Auswärtigen Ausschusses ab.

Über die vorgestrige Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages erfahren wir noch folgendes: Die Ausführungen des Reichskanzlers haben im Reichstagsauschuß einen äußerst günstigen Eindruck gemacht. Die Mitteilungen, die Dr. Brüning auf Grund der Mathenaischen Berichte geben konnte, im wesentlichen befriedigt worden. Wir erfahren u. a., daß insbesondere der bayerische Gesandte v. Preger seine volle Zustimmung zu den Ausführungen des Reichskanzlers erteilt haben soll. Die Ansicht, die über die politische Situation zeitweilig in der Regierung verbreitet ist, ist nicht unrichtig. Man glaubt, daß die Verhandlungen in Genua ein für Deutschland nicht unbefriedigendes Ergebnis haben werden, und daß ferner die Linie der wirtschaftlichen Besprechungen, die bisher die Politik in für Deutschland und Europa gutem Sinne beeinflusst hat, auch weiterhin beibehalten wird.

Die deutsche Delegation für Genua.

(Eigene Meldung.)

Über die deutsche Delegation, die an der Konferenz in Genua teilnehmen wird, können vom Reichskabinett nähere Beschlüsse erst gefällt werden, wenn die Stärke und Vertretung der anderen Abordnungen bekannt ist. An zuständigen Stelle rechnet man mit der Entsendung von fünf Delegierten.

Die Beamtenbefolgung.

Die Regierungsvorlage über die Ausbeziehung der Beamten- und Staatsangehörigenbezüge wird dem Reichstag am nächsten Freitag beschickt.

Der Deutsche Eisenbahnerverband, Bezirksleitung Sachsen, teilt mit: Aus allen Ortsgruppen des Bezirks erhalten wir die Nachricht, daß die Mitglieder, Beamte wie Arbeiter, die von der Regierung bewilligten Zulagen als völlig ungenügend ablehnen. Sie fordern den Verhandlungsstand auf, der Regierung gegenüber das unzureichende Angebot der Verhandlungen zu betonen und, falls eine Einigung nicht möglich ist, die Arbeitsniederlegung anzukündigen. Aus dem aus einer der Ortsgruppen übermittelten Material für die Verhandlungen über die Arbeitsnieder-

Kanzlerrede auf dem Zentrums-Parteitage.

In der gestrigen Nachmittags-Sitzung des Zentrums-Parteitage in Berlin hat der Reichskanzler Dr. Brüning das Wort zu längeren Ausführungen über die politische Lage genommen. „Die Aufgabe der deutschen Politik“, so erklärte er, „wird in den nächsten Tagen darin bestehen, daß wir zu der Lage Stellung nehmen, wie sie durch Genua geschaffen worden ist. Wir müssen Beschlüsse fassen, die innerpolitisch absolut notwendig sind. Im letzten Jahre haben wir oft Ja gesagt und außer Ja war immer ein ausreichendes Ja. Schon damals, bei der Annahme des Londoner Ultimatum, habe ich gesagt, daß die weltwirtschaftlichen Folgen dieses politischen Aktens unseren Gegnern zur Last fallen werden. Wir haben in diesem Sinne die Frage wirtschaftlich doch richtig abgeklärt und unser Ja war richtig und ist heute noch als richtig anzusehen, weil die gesamte Welt die Lage damals nur politisch und nicht wirtschaftlich gesehen hat. Heute stellt sich heraus, daß die Gegenseite, die sich im Rahmen des Versailles Vertrages ausgerechnet hat, wie viele Milliarden das deutsche Volk zahlen soll, die wirtschaftliche Seite dieser Milliarden überhaupt nicht unterrichtet war. Erst heute hat man in allen Ländern gemerkt, was eine Milliarde Gold eigentlich wirtschaftlich bedeutet. Trotzdem werden wir aber auch fernsehen können, was menschlich möglich ist. Wir werden jedoch die Welt fragen, welches eigentlich ihr Ziel ist. Sofern überhaupt von Kriegsschuld gesprochen werden kann, haben alle Völker der Welt Anteil daran. Aber ist diese Schuld nur damit wieder gutzumachen, daß ein einziges Volk, das sich ritterlich gewehrt hat gegen eine ganze Welt, andegetzt wird wie eine Litore und dann auf die Seite gelegt und ausgemerzt wird aus der Geschichte? Ich bitte Sie, mit uns zu arbeiten an dem Gedanken der Solidarität aller wirtschaftstreibenden Völker der ganzen Welt, für das große Prinzip einer internationalen Politik. Für diese Politik haben wir im letzten Jahre Leiden und Opfer erlitten, die niemand verlernen kann. Wir wollen eine wirtschaftliche Verhandlung, wir wollen alle Völker an den Verhandlungstisch bekommen, damit die Probleme der Wiedergutmachung und des Finanzwesens geregelt werden. Dieses Ziel, das eine Verhandlung der ganzen Menschheit voransetzt, dieses Ziel haben wir erreicht, indem wir den Leidenweg von London, bis nach Genua gegangen sind. Genua steht vor der Tür. Es soll eine wirtschaftliche Konferenz der ganzen Welt werden.“

Diejenigen, so führte der Reichskanzler weiter aus, die da glauben, man könne mit einer vornehmen Geste oder gar mit einem Parabemerkung die Politik meistern, seien nicht berufen, Verantwortung zu übernehmen, werde die Tür nicht zugemacht werden. Aber nicht der Weg theoretischer Erwägungen sei der richtige, um große Koalitionen vorzubereiten, auch nicht die Besprechungen von Parteipapsten, sondern alle, die an einer Erweiterung der Regierung Interesse hätten, müßten sich für das große Problem der nächsten Tage interessieren, das sehr leicht die Fundamente für eine größere Regierung abgeben könnte. Die Plattform, auf die man dabei trete, sei kein glatter Soloboden, es sei mehr eine Art Folter, bei der man in Lächer trete und bald in eine indirekte, bald in eine Bestrafung hineingerate. Eine Koalition auf breiter Basis müsse eine Regierung auf längere Sicht sein, wenn

zuschläge geht hervor, daß die Eisenbahner unter Zugrundelegung ihrer neuen Löhne in der übergroßen Zahl der Orte immer noch vier bis fünf Mark an Stundenlohn weniger als die Privatbeiter erhalten. Genua so liegen die Verhältnisse bei den Beamten. Die von der Regierung zugelagten Übererwerbszuschläge können keine ausreichende Hilfe bringen. Die Stimmung der Mitglieder im Lande ist äußerst erregt, jedoch mit der Möglichkeit der Arbeitsniederlegung gerechnet werden muß.

Wie die „Freiheit“ mitteilt, erklären die im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und im Wandbund angeschlossenen Gewerkschaften, die an

man nicht Gefahr laufen wolle, daß ein Teil aus Angst vor den Wahlen sich bald wieder in die Büsche schlage. Die nächsten Tage stellen uns außerordentliche Aufgaben. Die Lösung von Genua sei keine endgültige. Die allergrößte Frage, wie die Völker überhaupt unter den Reparationslasten nebeneinander leben sollen, sei noch offen. Sie könne erst gelöst werden, wenn Amerika sich wieder für Europa zu interessieren beginne. Als der Präsident der Bank von England dem Reichsbankpräsidenten mitgeteilt habe, daß unter solchen Zahlungsbedingungen, wie sie Deutschland auferlegt worden seien, Kredite in England zu Reparaturzwecken nicht zu erhalten seien, sei der Moment gekommen gewesen, in dem das deutsche Volk seinem Gegner sagen konnte: „Prüft angesichts dieses bedeutungsvollen Spruches die Leistungsfähigkeit Deutschlands nach.“ Diese Prüfung sei noch nicht abgeschlossen. Sie werde binnen kurzem vollendet werden müssen. Was wir ferner brauchen, sei ein aufrichtiges Bekenntnis, daß es uns innerpolitisch ernst sei, die Finanzen des Reiches in Ordnung zu bringen. Bei der Aufstellung des Finanzprogramms werde es sich zeigen, ob die Zentrums-Partei die große politische Partei sei. Auch in ihren Reihen fehle es nicht an Gegnern über die Frage der Steuern. Aber die parteipolitische Beschäftigung werde sich darin zeigen, daß das Steuerkompromiß zustande komme. Sei es nicht möglich, mit der Mehrheitssozialdemokratie zu dem Kompromiß zu kommen, so sei innerpolitisch die heutige Politik gescheitert, und eine neue Regierung müßte die Krisenaufgabe lösen. Man werde sich aber nicht darauf einlassen, durch eine sogenannte Regierungskrise zur Verwirrung der Weisheit beizutragen. Sollte die Regierung nicht imstande sein, mit den Parteien, die guten Willens sind, die Probleme zu lösen, so müßte sie in offener Fehlschicht im Plenum des Reichstages geführt werden. Integritätentum werde das deutsche Volk nicht ins Freie schießen, sondern nur aufrechter und ehrliche Arbeit auf allen Plätzen. Sollte das Zentrum etwa in die Opposition gedrängt werden, so heiße für diese Partei Opposition nicht, draußen herumzulaufen und die Landwirte gegen die Regierung aufzubehnen. Opposition heiße auch nicht, den Mittelstand in eine verhängnisvolle Negation dem Staate gegenüber hineinzutreiben, sondern Opposition heiße, die Regierung mit dem festen Willen zu bekämpfen, um möglichst schnell wieder in die Regierung hineinzukommen, damit man es besser machen könne. Politik treiben heiße für das Zentrum Opfer bringen, und zwar heutzutage wie politisch. Nach der ungerechten Entschädigung über Oberschlesien habe er seinen dortigen Parteifreunden wiederholt erklärt, er sei nicht der Kanzler der Zentrums-Partei, er wäre seinen Weg auch dann gegangen, wenn ihm die Zentrumsfraktion nicht ihr volles Vertrauen geschenkt hätte. Das Zentrum sei die Partei, welche die deutschen Randgebiete wieder mit dem nationalen Gedanken einer großen Einheit und Geschlossenheit erfüllen müsse. Kritik habe ihre Berechtigung, aber das Jahr 1922 dürfe nicht mehr in dem Zeichen des ungelassenen Perimeterkampfes des letzten Sommers stehen. Der Dienst an Volk und Vaterland, die Arbeit an seiner Freiheit, das sei für ihn und seine Partei Gottesdienst, das sei Christendienst, das sei die große Liebe, die nicht nur das einzelne Volk an sich umfasse, sondern die auch im Dienste der Menschheit Gutes tun wolle.

der Teuerungsbewegung der Beamten, Staatsangestellten und Arbeiter beteiligt sind, daß durch die vom Deutschen Beamtenbund und dem Christlich-Deutschen Gewerkschaftsbund dem Reichstage übermittelte Eingabe über die Beamtenforderungen die Einheitsfront der in den bisherigen Verhandlungen über eine Neueingelung der Bezüge der Arbeiter, Angestellten und Beamten beteiligten Spitzenverbände gesprengt worden sei. Durch dieses Vorgehen des Deutschen Beamtenbundes werde der Fortgang der mit der Reichsregierung noch schwebenden Verhandlungen über die Bekämpfung der Teuerungszuschläge aufs äußerste gefährdet.

Arbeitermangel in der Landwirtschaft.

Von Regierungsrat Pätzsch, Leiter des Landesamtes für Arbeitsvermittlung.

In letzter Zeit haben sich die Klagen der Landwirte über den Mangel an landwirtschaftlichen Arbeitern vermehrt. Daß zurzeit Arbeitermangel besteht, ist nicht zu bestreiten, und auch die stellenweise aufstrebende Besorgnis darüber, wie im kommenden Jahre die Arbeiten in der Landwirtschaft bewerkstelligt werden sollen, läßt sich nicht von der Hand weisen. Die Leute auf dem Lande ist aber keineswegs nur eine Erscheinung der neueren Zeit; sie geht vielmehr parallel mit der Entwicklung vom Agrarstaat zum Industriestaat, und mit dem Fortschreiten der Industrialisierung hat eine immer stärkere Verschiebung der Arbeitskräfte zugunsten der Landwirtschaft stattgefunden. Diese Verschiebung tritt natürlich in einem vorwiegend industriellen Lande wie in Sachsen viel deutlicher hervor als dort, wo die Industrie nur schwach, die Landwirtschaft aber um so stärker vertreten ist. Das ergibt sich auch klar aus den Meldungen der Arbeitsnachweise. Danach waren am 2. Dezember in der Land- und Forstwirtschaft:

im Reich 10 605 männl. und 2200 weibl., d. i. zusammen 12 817 Arbeitsuchende,
4434 männl. und 5764 weibl., d. i. zusammen 10 198 offene Stellen,
in Sachsen 516 männl. und 373 weibl., d. i. zusammen 889 Arbeitsuchende,
424 männl. und 683 weibl., d. i. zusammen 1107 offene Stellen

zu verzeichnen. Gegenwärtig ist die Industrie außergewöhnlich stark beschäftigt, daher der besonders starke Arbeitermangel in der Landwirtschaft. Gewisse Anzeichen deuten aber schon jetzt darauf hin, daß dieser Zustand nicht von Dauer ist, und daß sehr bald viele Arbeitskräfte in der Industrie überflüssig werden. Allerdings vollzieht sich die Abwanderung aus der Industrie in die Landwirtschaft niemals mit der Schnelligkeit und in dem Umfange wie umgekehrt.

Erklärlich erscheint dieser Vorgang durch die Abneigung, die bei der Arbeiterchaft vielfach gegen die Beschäftigung in der Landwirtschaft besteht, nicht etwa wegen der landwirtschaftlichen Arbeit als solcher, sondern weil die hier herrschenden Löhne, die Dauer der Arbeitszeit und manches andere ungleich ungünstiger ist als in der Industrie. Auf Grund dieser Tatsache, die auch von den Landwirten gar nicht bestritten wird, ist es menschlich durchaus begrifflich, daß der Arbeiter, der zwischen landwirtschaftlicher und industrieller Beschäftigung zu wählen hat, sich in jedem Falle für das ihm Günstigere entscheidet. Inwieweit sich behaupten, daß die augenblicklich zu ergreifenden Maßnahmen den Arbeitermangel in der Landwirtschaft nicht völlig beseitigen, wohl aber wesentlich mildern können.

Nicht nur bei den Arbeitern, sondern auch bei manchen Arbeitgebern besteht eine gewisse Abneigung gegen die Aufnahme ländlicher und Industriearbeiter in die Landwirtschaft. Man hält solche Arbeiter vielfach zur Landwirtschaft ungeeignet, zu anspruchsvoll bezüglich ihrer Forderungen, für gefährlich im Verkehr mit den eigentlichen Landarbeitern, vorurteil, vielleicht auch vereinzelte unglückliche Erfahrungen werden leicht verallgemeinert. Dabei wird die Hauptfrage völlig übersehen, nämlich, daß in Anbetracht der zunehmenden Abwanderung der Landarbeiter in die Industrie und in die Städte überhaupt kein anderer Weg übrigbleibt, als aus der industriellen und ländlichen Bevölkerung den entstandenen Mangel wieder zu decken. Bei der teilweise erheblichen Umgestaltung unseres Wirtschaftslebens ist es unter Umständen leichter, einen ländlichen Arbeiter auf das Land zu ziehen, als einen nach der Stadt abgewanderten Landarbeiter wieder zur Rückkehr zu bewegen. Im Jahre 1921 sind bis Ende Oktober von den sächsischen Landwirtschaften in die sächsische Landwirtschaft 6489 gelernte und angelernte Landarbeiter und 1283 Industriearbeiter und in die außer-sächsische Landwirtschaft 1492 gelernte und angelernte Landarbeiter und 4106 Industriearbeiter vermittelt worden. Mit den nach außer-sächsischen Gebieten vermittelten Arbeitern

hat die dortige Landwirtschaft, obgleich es sich zum allergrößten Teil um Industriearbeiter handelt, die günstigsten Erfahrungen gemacht, und schon versucht man in anderen Gebieten, diese Erfahrungen auszunutzen und sächsische Arbeiter heranzuziehen. Einzelne Mißerfolge werden natürlich immer auftreten, können aber für die allgemeine Beurteilung nicht ausschlaggebend sein. Gewiß ist die Art der landwirtschaftlichen Betriebe außerhalb Sachsens vielfach eine andere als innerhalb Sachsens. Während z. B. Preußen 19 mal soviel landwirtschaftliche Betriebe hat als Sachsen, hat es 25% mal mehr Betriebe mit einer Anbaufläche von 100 ha und darüber. Aber die Vermittlung sächsischer Arbeiter nach preussischen Gebieten erfolgt durchaus nicht nur in die Großbetriebe, sondern auch in die Mittelbetriebe. Diese Arbeiter könnten also ebensogut auch in Sachsen untergebracht werden, wenn nicht noch andere Hinderungsgründe vorhanden wären.

Man könnte annehmen, daß die Arbeitsbedingungen auf den größeren Gütern wesentlich günstiger seien, als auf den kleineren, wie sie vorzugsweise Sachsen ausweist. Aber auch das würde nur zum Teil die Sachlage klären. Abgesehen davon, daß auch in Sachsen die landwirtschaftlichen Arbeitsverhältnisse geregelt sind und Tarifverordnungen wohl hier kaum häufiger vorkommen, als z. B. auf preussischen Gütern, scheint bei den Erwerbslosen in den preussischen Industriezentralen ebensowenig Reizung wie bei den sächsischen und auch bei den thüringischen Arbeitern zu bestehen, in die benachbarte Landwirtschaft abzuwandern. Während auf je tausend Einwohner in Dresden 11,5, in Leipzig 7,7, in Chemnitz 3,7 und in Bautzen 28,9 Erwerbslose existieren, kommen in Breslau 16,8, in Wogdenburg 11,1, in Königsberg 22,8 und in Cottbus 12,5 Erwerbslose auf tausend Einwohner. Und trotzdem bewirbt man sich in Schlesien, Ostpreußen, Pommern, Sachsen-Anhalt usw. um sächsische Arbeiter und zwar, wie die Tatsachen beweisen, nicht ohne Erfolg. Ja, es gibt sächsische Arbeiter, die sich seit Jahren freiwillig nach der außer-sächsischen Landwirtschaft melden, aber im eigenen Lande jede landwirtschaftliche Beschäftigung ablehnen. Vielleicht läßt sich diese Erscheinung teilweise damit erklären, daß die Nähe der Industrie, wenn auch zunächst nur schwache Aussicht auf Beschäftigung im eigenen Berufe bietet, jedoch die vorübergehende Aufnahme landwirtschaftlicher Arbeit nicht erst lohnt. Scheinbar spielt auch eine Art Ständegefühl mit, indem man sich schämt, vor den nächsten Bekannten und vor den in naher Berührung stehenden Berufskollegen als landwirtschaftlicher Arbeiter zu gelten. Diese Scheu wird dann in der Regel leichter abgeworfen, je weiter man dem alten Bekanntenkreise entrückt ist. Es soll versucht werden, einen Austausch von Arbeitern innerhalb Sachsens vorzunehmen und zwar so, daß z. B. Arbeiter aus dem Vogtlande auf Gütern in den Trossen Bezirk vermittelt werden und umgekehrt.

Das alles erklärt aber noch nicht die starke Abwanderung sächsischer Industriearbeiter in die außersächsische Landwirtschaft. Vielmehr scheint ein wichtiger Grund hierfür in den Fürsorgeeinrichtungen zu bestehen, wie sie in zum Teil sehr erheblichem Umfange außerhalb Sachsens durchgeführt sind. Das Landesarzt für Arbeitsvermittlung ist dabei, mit Hilfe der in Betracht kommenden Arbeitsnachweise auch in der sächsischen Landwirtschaft Fürsorgemaßnahmen zu treffen, die sich beziehen müssen auf die Unterrichtsfrage, auf die Verpflegung, auf die Be-

handlung, auf die Einhaltung der tariflichen Bestimmungen, insbesondere soweit diese den Arbeitsschutz und die Arbeitszeit betreffen. Mit der bloßen Vermittlung zu landwirtschaftlicher Arbeit darf die Tätigkeit der Arbeitsnachweise nicht erschöpft sein. Landwirt und Arbeiter müssen Gelegenheit haben, ohne besondere Umstände und ohne viel Schreiberlei und Zeitverlust ihre Anliegen und Beschwerden jederzeit anzubringen. Es muß weiterhin Gelegenheit geschaffen werden, die Arbeitsverhältnisse in den einzelnen Betrieben von Zeit zu Zeit auch unangefordert nachzuprüfen und auf ein gebührendes Zusammenarbeiten hinzuwirken. Das ist einer der übrigen schon bei den Staatsgütern mit Erfolg beschrittenen Wege, die dazu führen können, Landwirtschaft von der Abwanderung in die Industrie abzuhalten und Industriearbeiter für die Landwirtschaft zu gewinnen. In der Landwirtschaft fehlt es vor allem an einer Einrichtung, wie sie für die Industrie in der Gewerbeaufsicht besteht. Auch die Abneigung vieler Eltern, ihre Kinder der Landwirtschaft anzuvertrauen, kann durch geeignete Fürsorgemaßnahmen herabgemindert werden. Ein bedeutungsvoller Schritt nach dieser Richtung ist soeben im Chemnitzer Bezirk getan worden. Das sächsische Arbeitsamt hat mit den übrigen Arbeitsnachweisen, den Amtshauptmannschaften und den Bezirken der Landwirtschaft und Landwirtschaft eine Verhandlung über die Anstellung einer Fürsorgein. herbeigeführt. Schon die Aussprache hierüber war wertvoll, weil sie die beteiligten Kreise einander näher brachte und manche Unklarheit beseitigte.

Oberschlesien.

Die Interalliierte Kommission hat angeordnet, daß die von ihr eingerichtete Abstimmungs-polizei um 25 Prozent ihres Bestandes zu verringern sei. Es werden zunächst die angehenden deutschen Beamten entlassen. Vorseitungen von deutscher Seite bei der Interalliierten Kommission sind fruchtlos geblieben.

Die Gemeindevorsteher von Adamowitz und Raschütz sowie von Gurek und Stodoll andererseits haben gemeinschaftlich den Beschluß gefaßt, diese Gemeinden gemeinsam auszuweisen. Unter eingehender Darlegung der wirtschaftlichen Gründe haben sich die Gemeindevorsteher an die deutsche Interessengemeinschaft in Ratibor gewandt und um Vertretung ihrer Interessen gegenüber den in Frage kommenden Behörden gebeten. Da nun aber die Gemeinden Gurek und Stodoll diekselbst der neuen deutsch-polnischen Grenze liegen, der Gureker Beschluß aber in der Grenzziehung bei Raschütz nicht ganz klar gefaßt ist, hat sich die deutsche Interessengemeinschaft auf den Standpunkt gestellt, daß die beiden Gemeinden Adamowitz und Raschütz auf gleichem Wege bei Deutschland bleiben werden. Adamowitz und Raschütz sind 2 km von den nächsten polnischen Bahnstationen Adamowitz und Penja entfernt, die bei Deutschland bleiben.

Dem Pressedienst Ratibor-Oberschlesien sind Meldungen verbreitet worden, nach denen in kurzem wieder mit einem polnischen Putsch zu rechnen sei, der es auf die Deutschland verbleibenden Teile Oberschlesiens, besonders auf Beuthen, Ratibor usw. abgesehen haben soll. Bon unabhängiger Seite wird darauf aufmerksam gemacht, daß der Pressedienst Ratibor wegen der hinter ihm stehenden Selbstschutzeinheiten in diesen Sachen nur bedingte Glaubwürdigkeit beanspruchen darf, daß die Reichsregierung aber alle berechtigten Nachrichten auf das

genaueste prüft und geeignete Vorbeugungsmaßnahmen treffen wird, falls ein Anlaß dazu als gegeben erscheinen sollte. Ein Grund zur Beunruhigung der Bevölkerung liege jedenfalls nicht vor.

Das Steuerkompromiß.

Entgegen der Meinung der „Zeit“, daß zwischen Zentrum und Sozialdemokratie ein Kompromiß in der Steuerfrage erzielt worden sei, erklären das „Berliner Tageblatt“ und der „Vorwärts“, daß die Aussichten für das Kompromiß noch völlig unklar seien. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird erst heute nachmittag endgültig Beschluß über die Haltung der Reichstagssozialdemokraten in der Steuerfrage fassen.

Das Gesetz über das Beamtenrecht.

Die Nachrichten über die Ausarbeitung eines Gesetzesentwurfes, der sich mit dem Beamtenrecht beschäftigt, sind zum Teil, wie wir von zuständigen Stellen erfahren, unzutreffend. Der Entwurf wird selbstverständlich im Reichsratsauschuß noch eingehend besprochen werden, und die Vertreter der Länder werden Gelegenheit haben, ihre Ansicht zu diesem Entwurf darzulegen. Es ist unrichtig, daß in diesem Gesetz eine neue Vereidigung der Beamten vorgeschrieben wird, ebenso ist es unzutreffend, daß den Beamten die Verpflichtung auferlegt wird, auch auf legalen Wege nichts zur Befestigung und Abänderung der Verfassung zu tun. Es wird in dem Entwurf lediglich die dienstliche Tätigkeit der Beamten geregelt werden, während die private außerdienstliche Tätigkeit nicht der geringste Einfluß ausgeübt werden soll.

Die Auslieferung der Kriegsbeschuldigten.

Aus dem Reichsjustizministerium hören wir, daß weder während, noch nach den Verhandlungen gegen die Kriegsbeschuldigten in Leipzig von irgendeiner Rück gegen die gefällten Urteile Einspruch erhoben wurde. Deutschland ist während der vergangenen Monate niemals um eine Erklärung über um eine Auffassung in der Frage der Kriegsbeschuldigten angegangen worden. Auch die damalige plötzliche Abreise der französischen Vertreter vor dem Reichsgericht in Leipzig nach Paris ist niemals in einer amtlichen Art erklärt worden. Weder das Reichsjustizministerium, noch die Regierung hatten daher Grund, sich mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen. Man nimmt übrigens an, daß der Oberste Rat der Forderung der juristischen Kommission, welche die Aburteilung der Kriegsbeschuldigten zu überwachen hat, nicht nachgeben und das Abkommen von London über die Änderung des Versailles Vertrags in dieser Frage aufheben wird.

Zur Sache selbst haben weiter die Liga zum Schutze der deutschen Kultur, Landesgruppe Sachsen, und der Dresdner Bürgerrat in Kundgebungen Stellung genommen.

Neue Annahmepläne.

(Eigene Meldung.)

Im Reichsjustizministerium fanden gestern längere Beratungen über neue Annahmepläne statt. Die Anregung zu einer weiteren Annahme ist von den Linksparteien ausgegangen.

Die Not der Zeitungen.

Die immer unerträglicher werdende Not des deutschen Zeitungswesens hatte am Montag und Dienstag dieser Woche Vertreter der deutschen Verlegergesellschaft aus allen Teilen des Reiches zu Beratungen in Potsdam zusammengeführt. Die Beratungen nahen nach ausgiebigen Besprechungen folgende Entschlüsse einstimmig an:

Die in Potsdam zu einer Vorstudie und Delegiertenkonferenz aus allen Teilen Deutschlands zahlreich zusammengekommenen Vertreter des Vereins deutscher Zeitungsverleger (Herangeber der deutschen Tageszeitungen) E. S. fühlen, gedrängt von der Schwere der auf ihnen lastenden Verantwortung für die Erhaltung der deutschen politischen Tagespresse sich verpflichtet, mit ernstem Nachdruck auf die Gefahren hinzuweisen, von denen die deutsche Presse bedroht ist. Die Mittel und Kräfte privater Stützungs- und Abwehrgesellschaften sind in den verminderten Jahren der Nachkriegszeit erschöpft und verbraucht. Mehr denn je ist es die Pflicht des Reiches, der Länder und ihrer Befugten Führer und Staatsmänner, für die Erhaltung der deutschen politischen Tagespresse als eines der vornehmsten Mittel zur Wahrung unserer Einheit und zur Wiederherstellung unseres Volkes und Staates einzutreten. Die traurigen Folgen der Entlohnung der letzten Monate zeigen sich in bedrohlichster Form auf dem Gebiete der Versorgung der Zeitungen mit Druckpapier. Ein sofortiges Eingreifen der öffentlichen Hand ist erforderlich, um eine erträgliche Preisermäßigung, ausreichende Erzeugung und Verteilung zu gewährleisten. Hierzu erscheint geeignet 1. die sofortige und gänzliche Spernung der Ausfuhr von Zellstoff, bis eine aus-



Durch Tutzbarmachung von in vielfähriger Praxis erworbener Erfahrung vermögen wir in unseren **Salem Aleikum Salem Gold Zigaretten** ein Fabrikat zu bieten, welches auch den anspruchsvollsten Raucher befriedigt. Die bemerkenswertesten Eigenschaften unserer Erzeugnisse sind milder, reiner Geschmack, würziges Aroma, Bekömmlichkeit. Preise für Salem Aleikum u. Salem Gold Zigaretten: Nr. 50 60 80 100 50 60 80 100 Pfg. d. Stck. Cavalier 100, Cabanel 150, Auland 200 Pfg. Erhältlich in den besseren Zigarettenhandlungen. 9058

Wissenschaft und Kunst.

Dresden, 18. Januar.

Theodor Storm auf seinem Altersst. (Aus neuen Briefen.)

Das Leben, das Theodor Storm auf seinem Altersst. in Hudemarschen geführt hat, enthält sich in seiner schlichten gemäßigten Schönheit in den Briefen, die er an sein Heiligenstädter Vaterkind Hedwig richtete und die im neuesten Heft der von Friedrich Tafel herausgegebenen „Westermanns Monatshefte“ veröffentlicht wurden. Seine Berichte beschäftigen sich hauptsächlich mit seinen Kindern, an deren Ergehen er den innigsten verherbenden Anteil nahm. Er hatte sich nachdem er sein Amt im Justizdienst aufgegeben, in Hudemarschen ein neues Haus gebaut. „Wir bleiben“, schreibt er am 17. Dezember 1880, „in unserer angenehmen Lage von sechs Himmeln nach den Winter und denken erst im April oder Mai in unser neues Haus überzusiedeln. Eine Fülle von Gemälden hat uns der Gatte dieses Jahr geliefert, der Teil, den ich dies Jahr noch zum Bauen freilassen mußte, sogar überdies fünf Tannen Nadelbäume für den Winter. Das große neue Haus, äußerlich ein einfacher Würfel mit kleiner Terrasse und Veranda an der Ostseite, von wo weite Schan ins Land hinausgeht, an den Wetterseiten mit Schiefer bedeckt, hat inwendig recht menschenwürdige Räume und wird vom Frühling bis in den goldenen Herbst gewiß jeden als ein recht anmutiges Altersst. anmuten. Aber es überfällt mich mitunter, als würde ich das meiner Disposition zugrunde liegende Tugend Jahre wohl nicht mehr am Gastmahle des Lebens sitzen, und dann drückt mich der große Einklagen oftmals auf der Brust. Nun — jedenfalls will ich mich nach besten Kräften wehren.“ Am 25. November erzählt er in einem Rückblick auf die vergangene Zeit: „Wie Du weißt, fügte ich mich die letzten Jahre in eine Unruhe, die wohl für mich zu viel war; ich dachte an eine

Lebenserneuerung; aber das geräumige Haus in dem geräumigen Garten, auf der Höhe mit dem weiten Fernsicht, erscheint mir oft in seltsamem Widerspiel zu dem Enden Zeit, in dem ich es werde benutzen können. In übrigen, glaub' ich, sind wir hier alle recht gern; an Gesellschaft fehlt es auch nicht. Wir hatten gestern mit uns eine Gesellschaft von 24 Personen, und die Jugend war nicht einmal mit dabei. Auch einen „römischen Abend“, wie einst in Heiligenstadt, haben wir uns eingerichtet, wozu denn alle, auch die Raumbühnische Jugend (d. h. die Konfirmierten) teilnahmen. Daneben unterrichte ich Dede und To im Französischen und lese Geschichte und dergleichen mit ihnen; auch die Poesie wird noch mitunter betrieben; vor meinem letzten in den „Westermannschen Monatsheften“ gedruckten Stück „Der Herr Stadtrat“ haben sich freilich alle guten Frauen einsetzt.“ „Unter Leben in Hudemarschen“, heißt es in einem Brief vom 19. November 1884, „ist ganz hübsch, besonders durch das nach Behagen gebaute geräumige und bequeme Haus und den großen Garten. Aber ich habe, leider, doch gefühlt, daß, wenn man seine Töchter in die Gesellschaft einführen will, dies doch nur unter dem Schutze der Eltern geschehen kann. Töchter, kann ich verkaufen, so tu' ich es; aber nach Hans und Gatten, wenn es geschieht, werde ich mich immer zurückziehen.“ Überhaupt machen ihm die unverheirateten Töchter manche Sorgen. „Nach meinem Tode bleiben vier wahrscheinlich unverheiratete Töchter nach“, meint er am 17. März 1886, „und bei dem voraussetzlich noch immer findenden Jinsfuß, kann ich nicht so viel erwerben, um sie, wenn ich nicht mehr bin, von ihren Kapitalien leben zu lassen. Ich werde sie dann nicht einmal mit Rat und Liebe in ihren Räten führen können. Ich denke deshalb auch daran, meinen mir so lieben Landst. wieder zu verkaufen und in eine Stadt, etwa Kiel, zu gehen.“ Von den Töchtern hat er jedoch sehr viel Freude. Sein Sorgenkind bleibt dagegen der älteste Sohn Hans, welcher der Trankst. ver-

faßen war. Ergreifend schreibt er über ihn, nachdem er von den anderen Kindern berichtet: „Nun ist noch einer da; mein Sorgenkind Hans. Lucie und Elise haben ihn im Frühjahr vorigen Jahres verlassen, den Unglücklichen, der allein die unheilvolle Erbschaft aus meines Großvaters Familie trägt, von der sein Großvater allein unter seinen Brüdern völlig frei war; aber es ging nicht mehr. Jetzt liegt er in seinem Wörth a. R. in Bayern seit zehn Tagen schwach und elend darnieder, wie wohl nicht bezweifelt werden kann, infolge seines Lebens. Ich habe mich schon seit Jahren zur Ruhe begeben und der Hoffnung in betreff seiner entsetzt. Und doch, durch alles hindurch, sehe ich immer die guten und liebenswürdigen Seiten seines Wesens. Wird nichts mehr sein, wo die zur Geltung kommen? Und wird er so im Dunkel und auf immer entschwinden? — Der Rest ist Schweigen.“ Am 23. Mai 1887 erzählt er von dem Tod des Sorgenkindes, an dessen Begräbnis nur sein zweiter lediger Sohn Ernst, damals Amtsrichter in dem Torske Torsland, teilnahm: „Hans, mein armer Sohn, starb am 5. Dezember im Sächsischen Krankenhaus zu Aschaffenburg an der Schwindsucht. Ich lag schwer krank. Ernst war im Oktober von Torsland zu mir gekommen; da schickte ich ihn zu seinem todkranken Bruder in Wörth a. R., wo Hans Arzt war; acht Tage blieb er bei ihm und brachte ihn im benachbarten Aschaffenburg in dem trefflichen Krankenhaus unter, wo er gern gewesen und wo unter der Hoffnung, noch seiner Genesung ins Elternhaus oder zu seinem Bruder Ernst zu kommen, der Tod ihn sanft und schmerzlos in sein kleines Haus genommen hat. Dann trafe sein kleines Haus genommen hat. Dann trafe Ernst wieder hin und begrub ihn auf dem Kirchhof zu Aschaffenburg. „Water“, sagte er, als er wieder an mein Bett trat, „Deinen genialen Sohn haben wir begraben.“

Drittes Philharmonisches Konzert. Der gestrige Abend fand im Reichen Eugen v. Aliberts. Er war wirklich seine große Zugkraft

gewesen. Daneben trat aber keineswegs zurück, was Edwin Lindner mit seinen Philharmonikern bot. Sie prä- und postulierten sowjagen. In einer fähbar wohlvorbereiteten Wiedergabe hätte man dementsprechend am Anfang des Konzerts Richard Strauß' nie ihre Wirkung verfehlende Tonbildung „Tod und Verklärung“, den Auszug des Werkes in prächtiger Steigerung und auch rein langjährig wahrhaft feiner Benennung entsprechend, verklärte. Allen Respekt vor dem Orchester! — War dies das Bild, so war Beethoven's „Leonore Nr. III“ das Postulatum. Zwischen der von dem Abend ein „Aliberts-Abend“. Der Künstler spielte zuerst ein Konzert eigener Komposition, das zweite in E-dur, das natürlich das charakteristische Merkmal des gesamten Schaffens v. Aliberts, den Mangel an Originalität, zeigt, auch eine höhere künstlerische Einseitigkeit vermissen läßt, aber in Anziehung an oft leicht erkennliche Vorbilder geschickt auf äußere Wirkung zugeschnitten ist. Also unter seinen Händen war der gewünschte Erfolg verbürgt. Dann spielte v. Aliberts Beethoven, aber nicht den großen, gewöhnlichen und empfindlichen, sondern Beethoven, den genialen Humoristen und geistvollen Unterhalter, Rondos und Schottischen. Es ist jetzt ein wenig, sagen wir, Mode geworden, an v. Aliberts Spiel dies und das anzusehen. Aber Hans auf's Herz, wer beherrscht heute den Beethovenstil noch so wie er? — Man könnte nur wünschen, daß seine Überlieferung als eine hoch künstlerische nicht verlorengehe.

Baldemar v. Seidlitz f. Der frühere Vortragende Rat in der Generaldirektion der Sammlungen für Kunst und Wissenschaft Dr. Baldemar v. Seidlitz ist in Dresden im Alter von 71 Jahren gestorben. Die Dresdner Sammlungen haben durch ihn große Förderung erfahren. Auf seine Anregung ist u. a. der Ankauf von Courbeis „Steinkopfen“ und von Senogis' „Bildern aus Ägypten“ für die Gemäldesammlung zurückzuführen. Das Kupferstichkabinett verdankt ihm den Kauf

Wachsende Belieferung der Druckpapierfabriken im Lande zu angemessenen Preisen durchgeführt und gesichert ist; 2. die zeitweilige Sperrung der Ausfuhr sämtlicher Papierarten mit Ausnahme der Luxuspapiere, bis das Zeitungs- und Buchdruckgewerbe im Inlande dauernd und genügend mit Papier versehen ist; 3. Maßnahmen, die geeignet sind, eine Umgehung der die gedruckte Papierausfuhr regelnden Bestimmungen zu verhindern; 4. Maßnahmen der Regierungen von Reich und Ländern zur Senkung der ständig steigenden Preise für Papierrollen, soweit es für die Herstellung des Bedarfs deutscher politischer Tageszeitungen an Druckpapier erforderlich ist; 5. Befreiung der für die Druckpapierezeugung in wichtigen Herstellungsgeländen unentbehrlichen und bereits im Ursprungslande hochbesteuerten böhmischen Braunkohle von der deutschen Kohlensteuer; 6. Sorge für bessere und beschleunigte Warenausfuhr für Zeitungsdrukpapier und der zu seiner Herstellung erforderlichen Rohstoffe; 7. Zulassung der Maschinenplattenpapierarten in die Tarifklasse B des Eisenbahngütertarifs, wie es der Reichstag bereits zweimal in Entschlüssen gefordert hat. Unbedingt erforderlich ist außerdem 8. Befreiung der ungetrechten und durch nichts zu rechtfertigenden Sonderbesteuerung der Umsätze in Zeitungsanzeigen im Umsatzsteuergesetz und 9. Unterlassung jeder weiteren Belastung der deutschen Presse durch behördliche und gesetzgeberische Maßnahmen, insbesondere der Erhöhung der Postgebühren. Die nachfolgenden Beweise eines starken Verantwortungsbewusstseins und tiefe Einsicht in die Lage und Gefahren für die deutsche Volksgemeinschaft, die von namhaften Vertretern der deutschen Regierungen und Parlamentarier bisher gegeben worden sind, berechtigen den Verein Deutscher Zeitungsbesitzer (Herausgeber der deutschen Tageszeitungen) E. V. und seine Kreisvereine zu der Hoffnung und bestimmten Erwartung, daß es den hier vorgeschlagenen und ähnlichen Maßnahmen gelingen muß, dem Niedergang und der Verfallung der deutschen politischen Tagespresse, die sich bereits in vielen Fällen erschreckend deutlich gezeigt hat, noch in letzter Stunde Einhalt zu tun.

Die Votschafterberufung des Reichsernährungsministers Dr. Hermes.

(Eigene Meldung.) Wie wir von parlamentarischer Seite erfahren, wird Reichsernährungsminister Dr. Hermes nun doch nicht als Votschafter nach Washington gehen. Seine Ernennung war bereits unzweifelhaft. Ein anderer Kandidat kam nicht mehr in Frage. Nun haben aber die Angriffe, die das Zentrum erfuhr, als der Zentrumsvizepräsident Dr. Pfeiffer Gesandter in Wien wurde, im Zentrum eine erhebliche Aufregung verursacht und die Partei dazu veranlaßt, lieber von der Forderung, daß Dr. Hermes nach Washington gesandt werde, Abstand zu nehmen. Da das Zentrum auf diesen Diplomatenposten verzichtet, steht noch nicht fest, ob ein Diplomat oder ein Parlamentarier nach Washington gesandt werden soll. Die Frage, ob nicht, was früher meist betont wurde, doch eine Persönlichkeit aus dem Wirtschaftsleben nach Washington gesandt werden soll, ist jedenfalls wieder akut geworden.

Internationale sozialistische Einigungskonferenz.

Wie der „Vorwärts“ meldet, hat die Sozialdemokratische Partei Deutschlands die Einladung der Wiener Arbeitergemeinschaft zu einer allgemeinen internationalen Einigungskonferenz sämtlicher sozialdemokratischer Parteien Deutschlands, Frankreichs, Englands, Belgiens und Italiens angenommen. Die Konferenz soll Anfang Februar in Paris stattfinden.

Neue Koalitions-Kombination.

(Eigene Meldung.)

Der Zentrumsparlamentarier in Berlin hat in parlamentarischen Kreisen wiederum die Diskussion über die Umbildung des Kabinetts und die Schaffung einer breiten Koalition angeregt. Die Ausführungen Behrens sollen, nach Äußerungen von Zentrumsparlamentariern, so verstanden werden, daß man nicht abgeneigt ist, mit der Deutschen Volkspartei eine breite Koalition zu schaffen. Freilich will man ihr für den Fall des Eintritts in die Koalition keine bedeutenden Konzessionen machen. Man nimmt vielmehr an, daß die Deutsche Volkspartei, trotz aller gegenteiligen Behauptungen, ein großes Interesse daran hat, in der Koalition, wie in der Regierung vertreten zu sein. Man würde der Deutschen Volkspartei den Posten des Reichsfinanzministers überlassen. Sollte diese Umbildung der Regierung zustande kommen, so würde Dr. Rathenau den Posten des Außenministers erhalten, während als Ministerkandidat für den Fall, daß die Deutsche Volkspartei trotz allem es ablehnen sollte, sich der Koalition anzuschließen, immer noch Georg Bernhardt gilt, dem man das Finanzministerium übertragen würde.

Schleifung der Westfestungen.

(Eigene Meldung.)

Dem Reichstag wird ein Gesetzentwurf zugehen, der die Aufhebung der Festungen Wesel, Köln, Koblenz, Mainz, Germersheim, der ober- und rechtsrheinischen Forts und der Küstenfestungen Friedrichsort, Kiel und Helgoland auspricht.

Saargebiet.

Auf dem Parteitag der Deutschen Demokratischen Partei erhaltete das Mitglied der saarländischen Delegation in Genf Alois Franke einen ausführlichen Bericht über die Tätigkeit der Delegation. Sie hätte den Erfolg gehabt, daß die deutschen Darlegungen über die Rückstände ebenso eingehend geprüft worden sind wie der Bericht der Regierungskommission. Daß der Völkerbundrat der Saarregierung keinen Dank für ihre Tätigkeit aussprechen habe, komme einem Vertrauensvotum gleich. Die Forderung, daß das französische Militär aus dem Saargebiet entfernt werde, sei als gerechtfertigt anerkannt worden, ebenso der Wunsch der saarländischen Bevölkerung, bei der Wahl eines saarländischen Mitgliedes der Regierungskommission ein Votschafterrecht zu erhalten. Aus der Tatsache, daß in dem Bericht des Völkerbundrates deutlich der Wunsch ausgesprochen worden sei, die Regierungskommission möge in Kürze einen engen Kontakt mit der Bevölkerung herstellen, dürfe man Schlüsse auf eine Kursänderung im Saargebiet ziehen.

Alene Nachrichten.

Berlin, 18. Januar. Gestern hat in Kopenhagen im dortigen Ministerium des Außenwesens der Austausch der Ratifikationsurkunden des deutsch-dänischen Abkommens über die Abtretung der Rechtspflege im nordschleswigschen Abtrennungsgelände zwischen dem deutschen Geschäftsträger Hoffmeyer und dem Minister des Außenwesens Scavenius stattgefunden.

In der gestrigen Stadtvorordnetenversammlung kam es bei Beratung eines kommunizistischen Antrages auf Änderung der Tagesordnung zugunsten eines von den Kommunisten eingebrachten Antrages zu Lärm-

szenen, wobei die Sitzung auf längere Zeit unterbrochen werden mußte.

Das Reichswehrministerium hat die 5000 Exemplare der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, die auf Grund des Vertrages der Reichsregierung mit dem Verleger der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ von der Reichsregierung abgekauft wurden, ab 1. Januar 1923 gekündigt. Tausend dürfte wahrscheinlich ein Konflikt entstehen, da der Verlag der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ in der Kündigung dieser 5000 Exemplare eine Vertragsverletzung sieht.

Sollau, 18. Januar. Das Soltauer Gefangenlager, das nach dem Kriege zur Unterbringung von in Ostpreußen im Jahre 1920 übergriffenen Soldaten der Roten Armee diente, ist nunmehr aufgelöst worden. Die Soldaten sind von der Stadt aufgekauft worden, um als Wohnhäuser einzurichten zu werden.

Galle a. S., 18. Januar. Der Magistrat der Stadt erklärt die Übernahme der Kasse in die deutsche Presse übergegangenem Kasse, daß die Stadt Halle ihren Bankrott erklärt habe, als völlig aus der Luft gegriffen.

Frankfurt a. M., 18. Januar. Das in Mainz liegende französische Oberkommando hat entsprechend einem Befehl aus Paris für alle Truppenteile der französischen Besatzungstruppen eine dreiwöchentliche Urlaubssperre verfügt.

Rehl, 18. Januar. Wie der „Zentralposten“ mitteilt, gehört zu den Arbeiten des neuen Kabinetts Boincaré auch die Ausübung eines Projekts als Objekt zwischen Reg und Diederhosen. Man beachtet, vier Häfen anzulegen.

Dresden, 18. Januar.

Zusammenschluß der ungarischen Legitimisten.

(Eigene Meldung.) Budapest, 18. Januar. Nach dem Übertritt von neun christlich-nationalen Abgeordneten in die Friedrich-Partei werden für die nächsten Tage weitere Übertritte erwartet; die Führung der Friedrich-Partei soll Graf Andrássy erhalten; die Leitung der übrigen in einen Block zusammengeschlossenen Legitimisten Graf Apponyi.

Übergabe der irischen Regierungsgewalt.

London, 18. Januar. Im Dubliner Schloß übergab der Bischof von Irland den acht

Ministern der einseitigen Regierung des Freistaates die Regierungsgewalt, die seit 700 Jahren von den Vertretern Englands ausgeübt wird. Die Bekanntgabe dieser Maßregel rief in Dublin große Freude hervor. Als die einseitigen Minister unter Führung von Michael Collins im Schloß eintrafen, kam es zu härmlichen Kundgebungen. Wie amtlich mitgeteilt wird, soll die Räumung von Südbritannien durch die britischen Regularien unerschrocken beginnen. Zunächst werden 10 Bataillone Infanterie abbeordert, denen bald die anderen Einheiten aller Waffengattungen folgen werden. Die vorläufige Regierung veröffentlichte eine Proklamation, worin sie alle Beamten auffordert, ihren Dienst fortzusetzen.

London, 18. Januar. Eine von der provisorischen Regierung in Südbritannien abgeordnete Delegation ist in London eingetroffen. Sie soll sich mit den Mitgliedern des Kabinettsausschusses für die irischen Probleme über die Frage der Übertragung der Machtbefugnisse in Irland beraten, ebenso über die Freilassung der in Großbritannien internierten irischen Gefangenen, auf welche die Amnestie angewendet wird.

Gruaris in London.

London, 18. Januar. Der griechische Ministerpräsident Gruaris ist hier eingetroffen.

England gegen die Aufnahme Polens in den Garantievertrag.

(Eigene Meldung.)

London, 18. Januar. Die englische Presse sieht dem französischen Wunsch, auch Polen in den englisch-französischen Garantievertrag einzubeziehen, durchaus ablehnend gegenüber. Die „Times“ sagt sogar, der Abschluß des Vertrages müßte an der Forderung, auch eine Klausel für die Verteidigung Polens aufzunehmen, scheitern. Das Blatt findet, daß die Situation Deutschlands bei einer eventuellen dauernden militärischen Bedrohung nicht berechenbar sei und hält dessen industrielle Misere beim Wiederaufbau Rußlands für unerträglich. Auch der „Manchester Guardian“ bezeichnet eine Ausdehnung des Abkommens auf Polen als unmöglich.

Regina-Palast
Waisenhausstrasse 22

5-Uhr-Tee

Abend-Konzert
Kapellmeister Heinz Putsche mit 12 Künstlern

.....

Restaurant ersten Ranges

5597

anderer älterer Meister des 19. Jahrhunderts. Für die Skulpturenfamilie regte er die Bildung einer Abteilung für mittelalterliche Plastik an. Auch als Kunstschriftsteller hat sich v. Seidlitz hervorgetan. Sein Hauptwerk ist die vierbändige Biographie Lionardo da Vinci, die grundlegend für die weitere Forschung geworden ist. v. Seidlitz ist am 1. Juni 1880 in Petersburg als Sohn eines Rittergutsbesitzers geboren worden. Nach gründlicher Vorbereitung für das Studium der Kunstgeschichte wandte er sich nach Berlin, wo er seine Laufbahn als Kunsthistoriker begann. Im Jahre 1888 wurde er als Nachfolger Hofmanns nach Dresden berufen. Ende März 1919 trat er von dieser Stellung zurück, nachdem er sich schon seit längerer Zeit von den Kunsthistorikern in der Hauptsache zurückgezogen hatte.

Wissenschaft und Technik. In nächster Zeit wird, wie bekannt, im Deutschen Reich ein neues Hartgeld in Umlauf kommen. Stücke zu 1, 2, 3 und 5 M., die in Anbetracht dessen, daß sie ein Teil des unhygienischen und unästhetischen Papiergeldes ersetzen, wohl allgemein freudig begrüßt werden. Unter den gegenwärtigen unangenehmen Wirtschaftsverhältnissen ein praktisches, was überhaupt zweckentsprechendes Hartgeld herzustellen, war, wie in „Handel und Industrie“ zu lesen ist, allerdings keine leichte Arbeit. Zunächst dürfte die Eingekaufte nur einen verhältnismäßig geringen Eigenwert besitzen, dann sollte sie äußerlich gut aussehen, nicht leicht schmutzig werden und sich auch nicht zu schnell abnutzen. Auch das Nachahmen und Fälschen der Münzen mußte nach Möglichkeit erschwert werden; endlich kam dazu noch der wichtige Umstand, daß es sich bei der Herstellung des neuen Hartgeldes nur um ein Rohmaterial handeln dürfte, das im Inlande gewonnen wurde, da ansonsten die Sperungen vom Ausland befristet werden müßten. Trotz all dieser Schwierigkeiten ist es jetzt gelungen, Münzen herzustellen, die allen Anforderungen entsprechen. Als Material für die

Münzen, deren Herstellung kaum leister kommt als die des Papiergeldes, hat man aluminiumplattiertes Zink gewählt. In ihrem Aussehen gleichen die Zink-Münzen neuen Silberstücken. Sie behalten ihre silberweiße Aluminiumfarbe, die weder schmutz noch oxydiert, auch dauernd bei, haben aber dem Aluminium gegenüber den Vorzug, daß sie härter und widerstandsfähiger, zugleich auch handlicher im Verkehr sind, weil sie das 2½fache Gewicht der reinen Aluminiummünzen besitzen. Da aluminiumplattiertes Zink nicht im freien Handel zu haben ist, wie denn überhaupt das Material ein ganz neues, nach einem nur für Münzwecke bestimmten Verfahren hergestellt werden dürfte, dürfte auch die Nachahmung und Fälschung der Stücke sehr schwierig sein. Es versteht sich von selbst, daß es sich bei unserem neuen Hartgeld nicht um Not- oder Ersatzgeld, sondern um wirkliches Geld handelt.

(N.) Der Privatdozent in der Medizinischen Fakultät der Universität Leipzig Dr. Max Goldschmidt ist zum nichtplanmäßigen außerordentlichen Professor in dieser Fakultät ernannt worden.

Ein internationaler Arbeitsplan für ein großes wissenschaftliches Werk, an dem auch wir Deutschen entscheidend beteiligt sind, ist jetzt zum ersten Male wieder festgelegt worden. Wie die „Münchener Medizinische Wochenschrift“ meldet, geschah dies auf der vom Gesundheitsrat des Völkerbundes berufenen Versammlung von Serologen in London. An der Tagung, die eine Vereinfachung der in den einzelnen Ländern gebräuchlichen Sera durchzuführen sollte, nahmen auch zwei deutsche Forscher teil, nämlich Kofke und S. Sachs. In vier Aufsätzen wurden die einzelnen Sera behandelt: im ersten das Antidiphtherie- und Antitetanus-Serum, wobei für das erstere nur zwei Sera, das des Frankfurter Instituts für experimentelle Medizin und das des Sanitätsamtes in Washington, in Betracht kamen. Die Kontrolle dieser beiden

Sera wurde dem hiesigen Seruminstitut in Kopenhagen übertragen, das einen genauen Vergleich anstellen soll. Auch das von dem zweiten Ausschuss behandelte Serum bei der Meningokokken- und Pneumokokkeninfektion soll in seinen einzelnen Präparaten untersucht werden. Der dritte Ausschuss in dem Prof. Kofke den Vorzug für die Herstellung des Tetanusserums, dessen einzelne Präparate ausgetauscht und verglichen werden sollen. Der vierte Ausschuss behandelte die Serodiagnose der Syphilis und beschloß einen Vergleich der Wassermannreaktion nach den verschiedenen Methoden, wobei bestimmte Kontrollmaßnahmen empfohlen wurden. Der Leiter des englischen Gesundheitsamtes, Sir Alfred Wood, drückte bei dem Festmahl seine Genugtuung darüber aus, daß auch Vertreter der nicht dem Völkerbund angehörenden Völker auf dem Kongress anwesend seien. Der Kongress soll sich nach einem halben Jahre wieder im Pasteur-Institut in Paris versammeln, während die Ausschüsse in der Zwischenzeit weiterarbeiten.

Titelur. Am 25. Juni d. J., an dem sich der Todestag E. T. A. Hoffmanns zum hundertsten Male jähr, wird, wie uns aus Königsberg gemeldet wird, am Geburtstage des Dichters in der Französischen Straße 25 in Königsberg eine Gedenktafel enthüllt werden. Der Entwurf dieser Tafel ist der Königsberger Goethebund. Das Geburtshaus des Dichters ist am 1770 erbaut, es ist nahezu unberührt geblieben und in würdiger Form erhalten.

Der Dramaturg des Mecklenburgischen Landestheaters Dr. Dagemeister hat ein vortreffliches Spiel „Hienpiegel“ verfaßt, das in Schweriner Landestheater seine Uraufführung erlebte. Der Erfolg war außerordentlich. Das Geburthaus des Dichters ist am 1770 erbaut, es ist nahezu unberührt geblieben und in würdiger Form erhalten.

Bildende Kunst. Zwei Meisterwerke der gotischen Plastik sind im Kreise Welle unter altem Gerümpel auf dem Boden eines Bauernhofes aufgefunden worden. Die Ludwig Wäde in der Zeitschrift „Niederlagen“ mitteilt, handelt es sich um zwei Figuren, die ursprünglich mit dem Rücken aneinander haften und später auseinandergehängt wurden. Die Zusammenfügung zweier Figuren ist ja in der gotischen Plastik öfters vorgekommen, z. B. bei der Würzburger Doppelmadonna Tilman Riemenschneiders. Die beiden neu aufgefundenen Figuren stellen die Mutter Gottes mit dem Kinde und die heilige Anna dar; es sind vorzügliche Werke des Spätgotik, die vielleicht von dem sogenannten Meister von Lössnitz herrühren. Sie wären wohl mit dem alten Gerümpel, unter dem sie sich befanden, vernichtet worden, wenn nicht die Frau des Lesers daran gedacht hätte, daß der Bildhauer Conrad Siepelmeyer in Welle ein freies solches „Sortieren“ sei und sie ihm zum Kauf angeboten hätte. Die beiden Arbeiten kommen wohl aus der lange abgebrochenen Kirche der Gemeinde, in der sie gefunden wurden, und sind tüchtige Schöpfungen der deutschen, speziell der niederdeutsch-westfälischen Gotik.

Musik. Georg v. Spallart hat zu Gerhart Hauptmanns „Verjüngte Gode“ eine Orchestermusik geschrieben, die mit einer neuen Inszenierung des Werkes durch Paul Nikolaus im Rindener Stadttheater zur Uraufführung kommen wird.

Theater und Film. Das Rürnberger Stadttheater wird in diesem Jahre schrittweise mit einem Fehlbetrag von 6 Mill. M. zu rechnen haben. In einer öffentlichen Versammlung, die in Rürn wegen der Eingekündigungsfrage abgehalten wurde, erklärte auch dieser Tage der Rürnberger Oberbürgermeister Dr. Luppe, daß eine Einschränkung im Theatertriebe erfolgen müsse und daß bereits mit den Städten Bamberg, Würzburg und Regensburg die Schaffung einer gemeinsamen nordbayerischen Oper etwogen werde.

Der erste Ministerrat des Kabinetts Poincaré.

Paris, 18. Januar. Gestern hat unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik Millerand der erste Ministerrat des Kabinetts Poincaré stattgefunden. Poincaré legte den Stand der auswärtigen Angelegenheiten dar und berichtete über seine Unterredungen mit Lloyd George und Lord Curzon.

Paris, 18. Januar. Barone ist von der sozialistischen Kammergruppe beauftragt worden, die Regierung über die allgemeine Politik zu interpellieren. Ferner hat Marc Sougères eine Interpellation eingebracht über die auswärtige Politik der Regierung und über die Pläne wegen der wirtschaftlichen Wiederherstellung Europas.

Die Tanagerfrage.

London, 18. Januar. Wie die Daily Mail meldet, sind im Laufe der Besprechungen zwischen Poincaré und Lord Curzon auch die Schwierigkeiten, die sich der Lösung der Frage von Tanager entgegenstellen, erörtert worden. Diese Verhandlungen bewegen sich auf folgender Linie: Das Statut der Stadt Tanager ist von den Mächten immer noch nicht endgültig geregelt.

Italien und die deutschen Kabel.

New York, 18. Januar. Nach einer Meldung der New York Tribune aus Washington beansprucht Italien eines der früheren deutsch-italienischen Kabel, die jetzt unter französischer Kontrolle stehen. Für den Fall, daß dieser Forderung nicht stattgegeben werde, drohe Italien damit, daß es dem Seemächteabkommen, durch das die früheren deutschen Kabel im Stillen Ozean verteilt werden, seine Zustimmung verweigern werde.

Die Konferenz von Genua.

Allmählich beginnen die Mächte sich für die neue Konferenz in Genua zu rüsten. Selbstverständlich geschieht es in Italien in bescheidenem Maße, weil es der italienischen Regierung als Gastgeberin besonders darum zu tun ist, den Vertretern der Mächte eine gute Aufnahme zu bereiten. Ministerpräsident Bonomi erhielt den Ministerrat ausführlich Bericht über die Verhandlungen in Cannes.

gen mit dem französischen Kabinett sein und es ist wünschenswert, daß besonders der Garantievertrag noch vor der Konferenz unterzeichnet wird. Wie aus London gemeldet wird, wird Lord George an der Konferenz teilnehmen und man erwartet, daß er etwa noch zwei Wochen von England abwesend sein wird. Seine Ratgeber in Wirtschaftfragen werden sein Sir Robert Horne, Lord Cecil, Bladett und eine Anzahl von Vertretern der britischen Schöpfung. Angenommen, daß die Delegationen und die Sekretariate jeder Nation 40 Personen umfassen, werden an der Konferenz von Genua etwa 1000 Personen beteiligt sein.

London, 18. Januar. Die Daily Mail berichtet zur Herabsetzung der deutschen Wiederherstellungszahlungen, die auf der Konferenz von Genua einen hervorragenden Platz einnehmen wird, wird in der Art einer Vereinbarung zwischen Großbritannien und Frankreich gehalten sein, in der England etwa ein Drittel der französischen Schuld von 370 Mill. Sterl. unter der Bedingung freigegeben würde, daß Frankreich Deutschland eine gleiche Wiederherstellungssumme erläßt.

Belgrad, 18. Januar. Das Ministerium des Äußeren hat die Einladung zur Teilnahme an der Konferenz von Genua erhalten.

Madrid, 18. Januar. Die spanische Regierung hat die Einladung zur Teilnahme an der Konferenz von Genua erhalten.

Arbeitslosigkeit in der Schweiz.

Bern, 18. Januar. Das eidgenössische Arbeitsamt verzeichnet am 31. Dezember 1921 192 737 Arbeitslose gegen 137 561 am 30. November. Davon sind gänzlich arbeitslos 88 967 gegenüber 80 692 Personen im November.

Raub türkischer Schätze.

Konstantinopel, 18. Januar. Die Hohe Pforte hat an den Oberkommissar der Verbündeten eine Note gerichtet, in der dargelegt wird, daß nach griechischen Freireisenden sehr viele Personen in Athen kostbare Gegenstände und Wertgegenstände verpackt, die den Türken im besetzten Gebiete von Kleinasien gehören, und daß besonders die Japaner den grünen Moschee in Bursa weggenommen und nach Athen gebracht worden sind. Die Pforte bittet die Großmächte der Entente, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um dem Raube der künstlerischen und historischen Schätze der Türkei ein Ende zu machen.

Die russisch-rumänischen Verhandlungen.

Watschan, 18. Januar. Aus Anlaß der ausgedehnten hier stattfindenden Wirtschaftsverhandlungen zwischen Rumänien und Sowjetrußland wurde russischerseits die Frage aufgeworfen, ob Rumänien bei einem von Rußland zu führenden Kriegskrieg die Neutralität bewahren werde. Die rumänische Delegation wies in der Beantwortung dieser Frage darauf hin, daß eine besondere Betonung der Neutralität Rumäniens gegenüber Sowjetrußland einem Bündnis sozusagen gleichkomme. Rumänien habe, wie dies beim russisch-polnischen Krieg deutlich zutage getreten sei, niemals die Absicht gehabt, Sowjetrußland anzugreifen.

Amerika und die Alliierten.

Es ist ohne Zweifel, daß die Annahme der Entschlieung des Senatsrats Mac Cormick im amerikanischen Senat, über die wir gestern berichtet haben, sich insbesondere gegen Frankreich richtet. Durch die Entschlieung wird das Staatsdepartement aufgefordert, dem Kongress bald Einzelheiten bezüglich der Finanzen der europäischen Staaten vorzulegen, und ferner Mitteilung darüber zu machen, welche Summen die europäischen Staaten für ihre Rückstellungen ausfinden, damit entschieden werden könne, ob diese Ausgaben nicht allzu groß und nicht besser zur Rückzahlung der Schulden an Amerika verwendet würden. Die Regierung der Vereinigten Staaten will offenbar einen leisen Druck auf die französischen Chauvinisten ausüben. In Frankreich hat man auch sofort wahrgenommen, daß sich diese Entschlieung nur gegen Frankreich richtet. So behauptet der Temps, daß Cormick die Absicht habe, seinen Feldzug gegen Frankreich fortzusetzen. Da im nächsten April das amerikanische Gesetz abläuft, das bestimmt, daß die Schulden Frankreichs gegenüber Amerika einseitig nicht eingetrieben werden sollen, ist der Temps selbstverständlich beunruhigt. Er glaubt, daß Frankreich durch den Antrag des amerikanischen Senatsrats in Schrecken versetzt werden solle, aber der Temps erklärt, daß dies ein Spiel sei, das man nicht spielen dürfe. Wenn Frankreich die Zinsen an Amerika nicht zahlen könne, so geschähe dies deshalb, weil ihm die Reparationen nicht bezahlt würden. Der Temps wünscht, daß die Angelegenheit der alliierten Schulden in Genua erörtert werde. Amerika habe nicht das Recht, das Gold der ganzen Welt anzuhalten und sich alle Wirtschaftsbereiche der Welt zu eröffnen und damit den allierten Völkern die Wirtschaftsgüter zu diktieren. Sämtliche aus Washington

vorliegende Meldungen besagen, daß die Bildung eines Ministeriums Poincaré dort einen höchst schlechten Eindruck gemacht hat. Nach den Times bezieht die öffentliche Meinung Amerikas, Frankreich habe nunmehr alle Aussichten auf einen europäischen Wiederaufbau in liberalem Sinne schwerstens geschädigt und die Militärischen würden Frankreich nun zum Amoklaufen zwingen. Ein führendes Mitglied der Washingtoner Regierung äußerte sich einem Vertreter der Westminster Gazette gegenüber dahin, daß die amerikanische Regierung nunmehr alles tun werde, um sich jeder Verantwortlichkeit für nationalitätshauswirtschaftliche Tätigkeiten zu entziehen, welche die französische Politik während der nächsten Monate charakterisieren werde. Sobald die Genehmigung des Kongresses zur Eröffnung der Verhandlungen über die während des Krieges von den Alliierten eingegangenen Schuldverpflichtungen vorliegt, wird die Regierung zunächst in Verhandlungen mit Großbritannien eintreten, um sodann mit anderen beteiligten Mächten zu verhandeln.

Washington, 18. Januar. Wie halbamtlich mitgeteilt wird, hat der Senat bereits die Konsolidierung der alliierten Schulden bereits die Zustimmung des Präsidenten Harding genehmigt.

Paris, 18. Januar. Nach einer Meldung der Chicago Tribune aus Washington wird halbamtlich bekannt, daß bereits eine europäische Nation die Vereinigten Staaten davon in Kenntnis gesetzt hat, sie werde nicht imstande sein, die im April fälligen Zinsen für ihre Schuldverpflichtungen aus dem Kriege zu bezahlen.

Wilson gegen das Viermächte-Abkommen.

Washington, 18. Januar. Wie in den Kreisen der demokratischen Senatoren verlautet, beabsichtigt Wilson, die Führung im Kampf gegen das Viermächte-Abkommen zu übernehmen. Wilson vertritt den Standpunkt, daß die Vereinigten Staaten, wenn sie den Völkernand verwerfen, für die Aufrechterhaltung der Gleichgewichtspolitik eintreten müssen. Man erwartet in Kürze eine Proklamation des Präsidenten, die die für das Feuer der Senatskämpfe bedeuten würde. Die Gegner des Viermächte-Abkommens behaupten, daß ihnen nur noch sechs Stimmen fehlen, um die Ratifizierung zu vereiteln, und diese sechs Stimmen hoffen sie durch die Unterstützung Wilsons zu erreichen. Von den republikanischen Senatoren tritt jetzt Franc gegen den Vertrag auf.

Um die Befestigungen im Stillen Ozean.

Washington, 18. Januar. Die Frage der Befestigungen im Stillen Ozean ist wegen der sich abspielenden japanischen Justizreform formal noch immer nicht geregelt, doch besagen private Nachrichten, daß Japan England das Recht zugesagt, Singapur und die Küsten Neuseelands und Australiens zu besetzen. Die den Philippinen vorgelagerten Inseln bleiben unbefestigt. Nach einer Hausmeldung aus Washington hat der Ausschuss für den fernem Osten die Verhandlungen über die 21 Forderungen Japans bis zur Regelung der Schantungfrage vertagt. Der Ausschuss ist in die allgemeine Debatte über die Frage der Politik der offenen Tür eingetreten. Dagegen soll nach einer Mitteilung aus gutunterrichteten Kreisen für die Befestigung aller Inselgruppen in China eintreten.

Vertiefung des St. Lorenzstromes.

Paris, 18. Januar. Die Chicago Tribune meldet aus Washington: Harding hat dem Senat den Bericht der Kommission übergeben, die den Bau eines Wasserweges von den großen amerikanischen Seen zum Atlantischen Ozean empfiehlt. Die Vereinigten Staaten von Amerika werden demnach mit England die Verhandlungen über einen Vertrag aufnehmen, nach dem der St. Lorenzstrom vertieft werden soll.

Verhaftungen in Indien.

London, 18. Januar. Neuter meldet aus Kalkutta: Das nationale Kongresskomitee von Nordbengalen verurteilt entgegen dem Verbote der Regierung eine Sitzung abzuhalten. Die Polizei verhaftete den Vorsitzenden und weitere 19 Mitglieder. Ein neuer Versuch, die Sitzung am Abend abzuhalten, führte zur Verhaftung von 114 Personen.

Parteibewegung.

Parteitag der Zentrumspartei in Berlin. Der gefragte dritte Verhandlungstag begann mit einem Referat des Vorsitzenden der Reichstagsfraktion des Zentrums, Senatspräsidenten Marx, über die Ideen und Ziele der Zentrumspartei. Am Schluß eines Parteitags, so führte er aus, ist es nicht unangemessen, die Grundsätze noch einmal festzustellen, nach denen unsere großen Führer ihre Politik eingerichtet haben, und von denen die Partei bis zum heutigen Tage in wesentlichen Punkten nicht abgewichen ist. Das Zentrum ist gegründet worden in erster Linie als eine christliche Partei. Was auch der moderne Staat sich bewußt vom Christentum und christlicher Weltanschauung abwenden, das Zentrum wird unerschütterlich an der Überzeugung festhalten, daß ein Staatswesen seine Aufgabe nur dann erfüllen kann, wenn eine Gesetzgebung eingerichtet ist, die im Einklang mit den Grundgesetzen des Christentums steht. Hier höre ich sofort den Einwand, wie kann man das Christentum eine christliche Volkspartei heißen, da es sich mit den Sozialdemokraten, den Gegnern von Christentum und Religion, verbunden hat? Den Vorwurf

gegen die Sozialdemokraten in dieser Form kann ich nicht als berechtigt anerkennen. Es handelt sich doch bei der Koalition des Zentrums mit Sozialdemokraten und Demokraten lediglich um eine Arbeitsgemeinschaft, die der Regierung des neuen Reiches nach innen und außen die Kräftigung und Stärkung angebreiten lassen mußte, der sie dringend bedurfte. Es ergibt sich aus dem bis jetzt Gesagten als erste Folgerung, das unentwegte Festhalten an der Forderung: Freiheit der Kirche, in erster Linie der katholischen Kirche. Von jeher haben Evangelische der Zentrumspartei angehört, und nach wie vor sind wir bereit, auch evangelische Mitglieder mit offenen Armen in unserer Partei willkommen zu heißen. Eine weitere Folge des anfangs aufgestellten Grundprinzips ist das Verlangen nach Parität, nicht nur nach der konfessionellen Seite, sondern auch nach der Seite der Parteizugehörigkeit hin. In dieser Hinsicht ist in den letzten Jahren eine Verbesserung eingetreten, aber zu unserem größten Bedauern müssen wir immer wieder feststellen, daß in gewissen Ministerien und Behörden noch der alte Geist fortlebt. Eine weitere Folgerung stellt die Forderung nach Sicherstellung und Verbeibehaltung der konfessionellen Schule dar. Dabei ist Gewissenfreiheit für uns unantastbares Gut. Wenn die Zentrumspartei für die Durchdringung des gesamten öffentlichen Lebens mit christlichen Ideen eintritt, so bekämpft sie auf der anderen Seite die Verneinung und die Aufhebung des Staatsbekenntnisses. In einigen Kreisen verübelt man dem Zentrum immer noch, daß es sich nach der Revolution auf den neuen Stand der Dinge eingerichtet habe. Man tadelt uns, weil wir an der Weimarer Verfassung festhalten und eine Änderung nur auf gefühltem Wege vorzunehmen bereit sind. Kein Vorwurf ist ungerechtfertigter als dieser, denn es wird immer noch übersehen, daß nach Umsetzung der bisherigen Staatsverfassung das deutsche Volk in rechtlich durchaus einwandfreier Weise durch seine nach dem freien Wahlrecht gewählten Vertreter in Weimar sich selbst eine Verfassung gegeben hat. Die Verfassung vom 11. August 1919 ist durchaus einwandfrei zustande gekommen. Ob Monarchie oder Republik, beide Staatsformen sind mit christlicher Auffassung vom Wesen des Staates durchaus vereinbar. Der Redner wandte sich dann weiter gegen den Vorwurf, daß das Zentrum nicht an dem föderativen Charakter des Reiches festgehalten, sondern in unzulässiger Weise den Einheitsstaat gefördert habe. „In unseren neuen Richtlinien“, so erklärte Marx gegenüber diesem Vorwurf, „haben wir ausdrücklich die Reichseinheit als unverleglich für die Zentrumspartei feierlich erklärt und daran den Satz geknüpft, mit ihr steht und fällt die nationale Lebenskraft des deutschen Volkes“. Heute ist meines Erachtens erste Pflicht aller Anhänger des Zentrums von ganzem Herzen bereit zu sein, dem Staate die Treue zu halten. Sollte uns hierbei unser Reichstagskollege Dr. Wirth nicht ein weithin leuchtendes Vorbild sein?

Zum Schluß seiner Ausführungen ging Präsident Marx auf die am Sonntag viel kommentierte Tatsache ein, daß das Referat über die politische Lage nicht von ihm als dem Vorsitzenden der Fraktion, sondern von Minister Braun gehalten worden sei. Er gab die Erklärung ab, daß von irgendwelchen Anstimmungen keine Rede sein könne, insbesondere sei es unrichtig, zu behaupten, er habe auf dem rechten Flügel. Namens der Fraktion erklärte ich nochmals, daß die Reichstagsfraktion des Zentrums hinter dem Herrn Reichstagskollegen an der Tatsache, daß die Politik des Reichstagskollegen und der Fraktion vollen Erfolg gezeitigt hat, ist heute nicht mehr zu rütteln. An die Rede des Zentrumsvorsitzenden schloß sich eine Ansprache, in der der Landesreferent der christlichen Gewerkschaften Hildebrandt (Saarbrücken), sowie der Abg. Heßlein (Trier), zu Wort kamen.

Deflein gab der Hoffnung Ausdruck, daß der bestehende Optimismus, der durch alle Reden des Parteitages und auch durch das Programm gehe, ruhe von der Würdenschaft des Zentrums geteilt werde. Das Zentrum dürfe freilich nicht nur den Kampf nach links führen, sondern es müsse auch den Rechtsparteien gegenüber zur rechten Zeit kraftvolle Worte finden.

Parteireferent Bauer-Karlruhe bezeichnete den Nationalismus als schwersten Feind des deutschen Volkes. Das Zentrum müsse auch hierbei richtunggebend sein. Dr. Drehsel sprach namens der christlich-sozialen Partei Deutschlands für Schaffung einer engen Arbeitsgemeinschaft mit dem deutschen Zentrum. Diese Arbeitsgemeinschaft sollte sich nicht nur auf die Anschlussfrage beschränken, sondern auch auf wirtschaftspolitische und sozialpolitische Probleme ausgedehnt werden. Unter Widerpruch des Parteitages verfuhr noch ein Delegierter der Gruppe um Martin Spahn Wäden in die Partei zu bauen. Hieran trat die Mittagspause ein.

Nach ihr hielt Reichstagskollege Dr. Wirth seine im Spiegel unserer heutigen Nummer ausgenommene wiedererlebene Rede. Danach wurden einstimmig drei Entschlieungen angenommen, in denen gegen die Entschlieung des Völkerverbundes über Oberhessen protestiert und den von Deutschland getrennten Oberhesslern, den Saar- und Rheinländern die Treue gelobt wird. Weiter nahm der Parteitag eine Reihe von Anträgen an, die sich mit der inneren Organisation befassen. Abdam erfolgten die Wahlen zur Reichsparteileitung, die folgendes Ergebnis hatten: Ehrenvorsitzende: Reichstagskollege A. D. Fehrenbach; Abg. Gerold, Wirth und Spahn; 1. Vorsitzende: Abg. Senatspräsident Marx; Reichvertreter: Vorsitzende: Abg. Frau Dr. Drahnwald, Ministerpräsident A. D. Siegerwald, Justizrat Moenig und Abg. Wöckner. In seinem Schlußwort, das in einem Hoch auf das Vaterland ausklang, betonte Präsident Wirth die volle Einmütigkeit des Zentrums, die sich auch auf diesem Parteitag wieder gezeigt habe. Darauf wurde der Parteitag geschlossen.

Wasserstände der Elbe und Moldau.

Wasserstände der Elbe und Moldau. 17. Jan. — 22 + 130 + 9 — 4 Null + 24 — 95 18. Jan. — 24 + 114 fehlt — 14 — 10 + 12 — 125

Ämtlicher Teil.

Bekanntmachung.

Gemäß § 16 der Verordnung über die Wahlen zum Landesgesundheitsamt vom 21. Mai 1912 (S. 274) in der Abänderung vom 12. Oktober 1921 (S. 337) wird bekanntgegeben, daß bei der am 6. Dezember 1921 nach II § 1 Nr. 1 der genannten Verordnung vorgenommenen Wahl von 5 außerordentlichen Mitgliedern und Stellvertretern aus dem Kreise der nichtfeldfähigen als Apotheker Approbierten (Apothekergehilfen) für die III. Abteilung gewählt worden sind:

Table with 2 columns: a) außerordentliches Mitglied, b) Stellvertreter. Lists names and professions for various locations like Chemnitz, Dresden, Leipzig, and Görlitz.

Von den gewählten a. o. Mitgliedern scheidet Ende 1922 und an jedem künftigen Jahresabschluss ein Mitglied mit seinem Stellvertreter aus. Die Reihenfolge dieses Ausscheidens wird in den ersten fünf Jahren durch das Los, das der Vorsitzende der III. Abteilung oder sein Stellvertreter zieht, bestimmt. 9043 3 III LGA Dresden, 12. Jan. 1922. Landesgesundheitsamt.

Auf Blatt 286 des hiesigen Handelsregisters ist heute eingetragen worden: Die Firma Gebr. Tennhardt in Gnanndorf, Gesellschafter sind der Handelsgärtner Rudolf Leberich, Friedrich Tennhardt und der Handelsgärtner Oskar Max Tennhardt, beide in Gnanndorf. Die Gesellschaft hat am 1. Januar 1922 begonnen. Angegabener Geschäftszweig: Kunst- und Handelsgärtnerei sowie Kartoffelzucht. 9041 Notar, 14. Januar 1922. Das Amtsgericht.

Auf den Blättern 145, 227, 373, 588 des Grundbuchs für Miltzau Borna liegen für die am 9. Februar 1878 verstorbenen Johanne Rosine Geschwippling veru. o. Rosmann unter dem 20. September 1865 400 Thaler rüchändiges Kaufgeld zwei Pfänder zu 4 v. H. und den Kosten als Gesamtkauf hypothekellieh eingetragen.

Der Feldgärtner Friedrich Hermann Becker, der Robert Karl Louis Becker sowie die minderjährigen Geschwister Otto, Fritz, Kurt und Alfred Lütmann, gesetzlich vertreten durch ihre Mutter Marie verw. Lütmann geb. Kluge, sämtlich in Miltzau Borna, haben als Eigentümer der genannten Grundstücke beantragt, den unbekanntem Gläubiger der Hypothek im Wege des Aufgebotsverfahrens aufzufindeln. Aufgebotsfrist wird auf den 9. Mai 1922 vormittags 10 Uhr bestimmt. Der unbekanntem Gläubiger wird aufgefordert, sein Recht spätestens im Aufgebotstermin anzumelden. Sonst wird er damit ausgeschlossen werden. 9042 Borna, 16. Januar 1922. Das Amtsgericht.

Tibu und Kathor.

Roman aus einer verfunkenen Welt von Felix Neumann. (Fortsetzung zu Nr. 13.)

Als Esi den großen Pfersch erreichte, der aus eingrammten Pfählen bestand, die mit Dornen durchflochten waren, war es schon hoher Mittag. Die Stedlung, die einige hundert Menschen beherbergte, stand halb im Wasser, halb lagen die Hütten und Häuser an einer erhöhten Stelle des Ufers, das vor Überschwemmungen geschützt schien. Der Pfersch diente zum Schutz gegen wilde Tiere, aber Tibu, der sich einige Male den Pelz an den Stacheln zerkratzt hatte, wußte seine Dornen zu finden, wenn sie arglos im Walde waren. In jedem Jahre fielen Menschen dem Unhold zum Fraß, und jedesmal erklärte der Pfischer, daß die Wäden an Reintieren nicht genügt hätten, den Wäden zu befähigen. Koolan vertat die Ansicht, daß der Hüfendär überhaupt kein Tier, sondern ein unverwundbarer böser Geist sei, gegen dessen Tode man nicht ankämpfen könne. Als Esi durch die offene Pforte der Umzäunung trat, schien die Stedlung wie ausgestorben. Die Männer waren bei der Arbeit. Die Frauen sammelten Beeren, nur einige Kinder spielten im Sande. Dahinter im niedrigen Holzgürtel des Baters lag die Mutter mit dem frühmorgigen Haar auf dem Boden und flocht an einer Wollmaße. Sie sah sofort, daß Esi mit leeren Händen heimkam und schürzte die Augenbrauen süßer zusammen. 'Hast du nichts gefunden?' Das unschöne, grobknochige Weib stieß gornig die Worte hervor. 'Nein, Mutter, Tibu ist mir begegnet, ich mußte fliehen —' Gamma warf die Wollmaße fort und erhob sich. 'Wirst du vor ihm niedergefallen, ehe du davon liegst?' 'Ja — Mutter!' Esi sagte es wahrheitsgemäß.

Auf Blatt 4521 des Handelsregisters, betr. die Aktiengesellschaft in Firma Dresdener Bank Filiale Chemnitz — Zweigniederlassung — in Chemnitz (Sitz in Dresden), ist eingetragen worden am 6. Januar 1922: Für die Zweigniederlassung in Chemnitz ist Gesamtprokura erteilt den Bankbeamten Gerhard Hahn und Rudolf Hoff in Chemnitz. Jeder von ihnen ist berechtigt, die Firma der Zweigniederlassung gemeinschaftlich Mitglied des Vorstands oder stellvertretendes Mitglied des Vorstands oder mit einem anderen Prokuristen dieser Niederlassung zu vertreten; am 14. Januar 1922: Die Generalversammlung vom 10. Dezember 1921 hat u. a. die Erhöhung des Grundkapitals um zweihundert Millionen Mark, bestehend in 200000 Aktien auf den Inhaber lautende Aktien zu 1000 Mark, beschloßen. Die beschlossene Erhöhung des Grundkapitals ist erfolgt. Dementprechend sind die §§ 5 und 6 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrags abgeändert worden. Die Ausgabe der neuen Aktien erfolgt zum Kurse von 210 % (Bezugspreis für die alten Aktien 225 %). Amtsgericht Chemnitz, Abt. E.

Auf Blatt 4186 des Handelsregisters, betr. die Firma Vöge Elektricitäts-Aktiengesellschaft in Chemnitz, ist heute eingetragen worden: Die Generalversammlung vom 3. Januar 1922 hat die Erhöhung des Grundkapitals um zehn Millionen Mark, bestehend in 10000 auf den Inhaber lautende Aktien zu 1000 Mark (Inhabersammlungen), mit- hin auf sechshundertfünfzig Millionen Mark, beschloßen. Die beschlossene Erhöhung des Grundkapitals ist erfolgt. Dementprechend sind die §§ 6 des Gesellschaftsvertrags abgeändert worden. Die Ausgabe der neuen Aktien erfolgt zum Kurse von 175 % (Bezugspreis für die alten Aktien 200 %). 9047 Amtsgericht Chemnitz, Abt. E., 13. Jan. 1922.

Auf Blatt 1454 des Handelsregisters, betr. die Aktiengesellschaft in Firma Sächsische Webstuhl- fabrik in Chemnitz ist heute eingetragen worden: Der Gesellschaftsvertrag ist durch Beschluß der Generalversammlung vom 15. Dezember 1921 in zahlreichen Punkten abgeändert worden. Über die Bestellung des Vorstands und die Vertretung der Gesellschaft ist dadurch folgendes bestimmt: Die Vertretung und Abberufung der Vorstandsmitglieder erfolgt durch den Vorstand des Aufsichtsrats in Gemeinschaft mit dem stellvertretenden Vorsitzenden des Aufsichtsrats. Zur Rechtsmittelbarkeit der Unterschrift ist die Zustimmung zweier Vorstandsmitglieder oder eines solchen in Gemeinschaft mit einem Prokuristen erforderlich. 9048 Amtsgericht Chemnitz, Abt. E., 14. Jan. 1922.

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden: 1. auf Blatt 16554, betr. die Gesellschaft Großhandels-Gesellschaft 'Petru' mit beschränkter Haftung in Dresden; Der Gesellschaftsvertrag vom 8. Juni 1921 ist in §§ 1 und 5 durch Beschluß der Generalversammlung vom 13. Januar 1922 laut gerichtlichen Protokolls vom gleichen Tage abgeändert worden. Gegenstand des Unternehmens ist der Handel mit Waren aller Art, die zum Teil unter der Bezeichnung 'Palander' in Verkehr gebracht werden. Der Fabrikant Emil Arthur Heidemann ist nicht mehr Geschäftsführer. Jeder Geschäftsführer darf die Gesellschaft allein betreiben. Die Firma lautet künftig: 'Palander Handelsgesellschaft mit beschränkter Haftung'. 2. auf Blatt 16321, betr. die Gesellschaft Rudolf Wolff & Co. Gesellschaft mit beschränkter Haf-

tung in Dresden: Protura ist erteilt dem Kaufmann Rudolf Wolff in Dresden. Er ist berechtigt, die Gesellschaft mit einem Geschäftsführer oder einem zweiten Prokuristen zu vertreten; 3. auf Blatt 14075, betr. die offene Handelsgesellschaft W. Riedle & Co. in Dresden; Die Gesellschaft ist aufgelöst. Die Firma ist erloschen. Amtsgericht Dresden, Abt. III, 16. Jan. 1922.

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden: 1. auf Blatt 11501, betr. die Aktiengesellschaft Neue Teusch-Böhmische Erbschiffahrt, Aktiengesellschaft in Dresden; Der Gesellschaftsvertrag vom 26. September 1907 ist durch Beschluß der außerordentlichen Generalversammlung vom 14. Dezember 1921 laut Rotariatsprotokolls von diesem Tage außer Kraft gesetzt worden. Als seine Stelle tritt der in dieser Generalversammlung festgestellte neue Gesellschaftsvertrag. Die Prokura der Kaufleute Louis Hermann Erich Jäger, Gustav Adolf Robert Pitz, Karl Wartenberg und Richard Schulz sind erloschen. Der Kaufmann Andreas Karl Wertheberg ist nicht mehr Mitglied des Vorstands. In stellvertretendes Mitglied des Vorstands ist bestellt die Direktorin Louis Hermann Erich Jäger in Hamburg und Gustav Adolf Pitz in Dresden; 2. auf Blatt 11295, betr. die Aktiengesellschaft Sächsische Kulamaten- & Zärchlerer-Aktiengesellschaft in Dresden; Die Gesellschaft ist durch Beschluß der Generalversammlung vom 20. Dezember 1921 laut Rotariatsprotokolls von diesem Tage der 1921 laut Rotariatsprotokolls von diesem Tage außer Kraft gesetzt. Der Kaufmann Rudolf Weisner ist nicht mehr Mitglied des Vorstands, der Direktor Wolde- mar Teding ist nicht mehr stellvertretendes Vorstandsmitglied. Zum Liquidator ist bestellt der Kaufmann Carl Rood in Dresden. Seine Prokura ist erloschen; 3. auf Blatt 11646, betr. die offene Handelsgesellschaft Hoyer & Co. in Dresden; Der Betriebsingenieur Bruno Guido Fungner ist als persönlich haftender Gesellschafter ausgeschieden. In die Gesellschaft ist ein Kommanditist eingetreten. Die offene Handelsgesellschaft ist somit in eine Kommanditgesellschaft umgewandelt worden, die am 10. September 1921 begonnen hat; 4. auf Blatt 11965, betr. die Kommanditgesellschaft Hettig & Co. Kommanditgesellschaft in Dresden; Protura ist erteilt dem Kaufmann Max Richter in Zwickau; 5. auf Blatt 16757, betr. die offene Handelsgesellschaft Pelt & Junge in Dresden; Dem Kaufmann Rudolf Fritz Herbert Junge in Dresden ist durch einstweilige Verfügung des Landgerichts Dresden vom 9. Januar 1922 — 14 II Ar. 1/22 Nr. 1 — die Befugnis zur Geschäftsführung und Vertretung der Gesellschaft entzogen worden; 6. auf Blatt 4570, betr. die Firma T. J. Zeibel in Dresden-Landberg; Der Kaufgärtner Traugott Jacob Lito Herbert Zeibel in Dresden ist als persönlich haftender Gesellschafter in das Handelsgesellschaft eingetreten. Die hierdurch begründete offene Handelsgesellschaft hat am 1. Januar 1922 begonnen. 9060 Amtsgericht Dresden, Abt. III, 17. Jan. 1922.

In das Handelsregister ist am 14. Januar 1922 eingetragen worden: 1. auf Blatt 541 die Firma Hermann Hauptmann in Neugersdorf und als deren Inhaber der Pianofortebaumeister Karl Hermann Hauptmann in Neugersdorf; 2. auf Blatt 542 die Firma L. Seifert & Co. Kommanditgesellschaft mit dem Sitz in Neugersdorf; persönlich haftende Gesellschafterin ist die Fabrikantin

Libby Seifert geb. Kaiser in Neugersdorf; es ist ein Kommanditist vorhanden. Die Gesellschaft ist am 14. Januar 1922 errichtet worden. 9049 Amtsgericht Ebersbach, am 16. Januar 1922.

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden: 1. auf Blatt 140, die offene Handelsgesellschaft Fohland & Co. in Falkenstein betr.: In die Handelsgesellschaft sind folgende Erbgänge eingetreten a) der Kaufmann Walter Schmalz, b) dessen minderjährige Tochter Anita Martha Schmalz, beide in Falkenstein; 2. auf Blatt 156, die offene Handelsgesellschaft Louis Fohland in Falkenstein betr.: Die unter Nr. 4 b und c eingetragenen Gesellschafter sind durch Tod aus der Gesellschaft ausgeschieden. Infolge Erbganges sind in die Handelsgesellschaft eingetreten a) der Kaufmann Walter Schmalz, b) dessen minderjährige Tochter Anita Martha Schmalz, beide in Falkenstein; 3. auf Blatt 235, die Firma Martin Treichneider in Falkenstein betr.: Die Firma ist erloschen; 4. auf Blatt 335, die Firma Löwen-Apothete, Falkenstein Paul Krause in Falkenstein betr.: Die unter Nr. 1 eingetragene Inhaberin ist infolge Ablebens ausgeschieden. Lina Marie verw. Kraus geb. Ahmann in Falkenstein ist Inhaberin. Protura ist erteilt dem Apotheker Johann Heinrich Schäfer in Falkenstein; 5. auf Blatt 605, die offene Handelsgesellschaft Schneider & Strobel in Falkenstein. Gesellschafter sind a) der Schuhmachereibesitzer Heinrich Paul Strobel, b) der Webermeister Wilhelm Lina Schneider, beide in Falkenstein. Die Gesellschaft ist am 15. November 1921 errichtet worden. Angegabener Geschäftszweig: Herstellung und Vertrieb von bunten Gardinen, Manteln und ähnlichen Stoffen. 9061 Amtsgericht Falkenstein, den 14. Januar 1922.

Auf Blatt 1112 des Handelsregisters, die Firma Treibberger Industrie-Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Treibberg betr., ist heute eingetragen worden: Die dem Kaufmann Gustav Kurt Goldberg in Treibberg erteilte Prokura ist erloschen. 9062 Amtsgericht Treibberg, am 17. Januar 1922.

Auf Blatt 323 des hiesigen Handelsregisters, Firma Jutznerel und Kühlhadenhacht Kirchberg Aktiengesellschaft ist heute eingetragen worden: Protura ist erteilt dem Buchhalter Walter Ernst Härtel in Kirchberg. Es darf die Gesellschaft mit gemeinschaftlich mit einem Vorstandsmitglied oder einem Prokuristen vertreten. 9061 Kirchberg (Zsch), 14. Jan. 1922. Das Amtsgericht.

„Hole Wasser!“ Die Alte wies nach einem Krug, der in der Erde auf dem Lehmboden stand. „Huron war in der Ferne hier. Er hat zwei Reintiere mehr und einen Ruchschlund, dazu ein Steinbeil und eine geflochtene Matte. Sie sind sich einig geworden, Goch und er, es ist alles in Ordnung.“ Esi schauerte zusammen. Der Blick der Mutter glitt an ihr nieder, die mit schlaffen Armen und traurigem Blick die Wochstocher hörte. Da stieg in diesem harten Urweid, das unter Schlägen und Sorgen, unter Entbehrungen und Demütigungen groß und endlich Mutter geworden war, so etwas wie Verständnis und Mitleid auf. „Koolan ist alt; wenn ihn die Geister heimholen und er im Reiche Tibus ist, wo das ewige Feuer brennt und es keinen Winter gibt, dann tritt Huron an seine Stelle. Du wirst nicht zu hungern brauchen bei ihm, und Schmut hat er genug. Das er behauptet wie ein Mammut am kürzesten Tage ist, das dich nicht scheren.“ Sie legte den knochigen Arm mit der verarbeiteten Skavenhand um Esi Hals. „Nängt dein Herz etwa an Odo, dem Landstüchtligen, dessen Lager verflucht ist, weil er die Götter nicht ehrt? Ich warne dich! Er ist im Knäuel glatter, denn Huron, aber seine Gedanken, so sagt man überall, sind unsterblich wie der wandernde Wolf. Hätte dich vor ihm!“ Esi holte Wasser aus dem Bach, der sich unweit der Stedlung in den See ergoß. Während sie arbeitete und der Mutter half, um die Maßzeit für den heimkehrenden Vater zu richten, wickelten ihre Gedanken immer bei Odo. Sie sah ihn vor sich, wie er den Steinhammer nach Tibus Haupt schlugerte, wie das Tier besieg davonstreckte. Wer es möglich, daß so etwas geschah? Sie hätte sich wohl, etwas davon zu erzählen, denn das nächste Unglück, das der Stedlung widerfuhr, hätte man auf Odoos Rechnung setzen, weil er freventlich die Gottheit beleidigte. Sie schweig und verarbeitete das Geschäute und Gehörte in ihrem Herzen, das noch befangen war vom Wust, den ihr Vater und Mutter, der Pfischer

und die Geiselnamen vom wilden Feuer und dem bösen Geist Tibu erzählt. Die Sonne näherte sich dem Untergang, als die Männer von der Arbeit aus dem Walde kamen. Sie schleppten die gefällten Bäume mit sich, um sie später zum Hausbau zu verwenden. Huron begleitete Goch. In Wirklichkeit kam er, um Esi zu sehen, die er mit seinen Wäden verzehrte. Der Sohn des allmächtigen Pfischers glückte fast einem Unhold. Der eckige Schädel, die lang herabfallenden Arme, die zottig behaarte Brust, die er meistens frei trug, das alles gab ihm das Aussehen eines wilden Tieres. Jagdtrug Esi die Speisen auf. Es gab Reintierfleisch, Wädeln, dazu ein bezauberndes Getränk, das aus dem Saft bestimmter Bäume gebraut war. Die Männer schlangen die Bissen hinein und gebrannten nur selten die Zäbe, die aus Mammutrippen geschmitten waren. Goch lautete, daß die Knochen des Reintieres frachten. Dann blühte er auf. „Esi!“ Schüchtern kam das Mädchen näher. „Huron hat dir ein Angebinde mitgebracht. Danke ihm!“ Der Goch zog eine Schmutz runder Feuerkugel aus dem Fellanschnitt seiner Kleidung. „Hier!“ Er grünte. „Wenn unser Haus fertig ist, sollst du es mit mir beziehen. Goch ist einverstanden. Ich muß viel zahlen für dich, aber du bist schön! Koolan wird den Bund segnen, und wir werden Tibu zwei Reintiere opfern, daß er uns gnädig sei!“ Mit diesen Worten reichte Huron Esi den Schmutz der. Run fiel ihr ein, daß Odo ihr etwas besonderes versprochen hatte; das Ereignis mit dem Vater aber ließ sie beide den Zweck ihres Kommens vergessen. Ihr eckte vor der zottigen Hand Hurons und dem plumpen Gesänge. Da raunte ihr Gamma ins Ohr: „Nimm!“

Und willenlos streckte sie die Hand aus, um die Brautgabe entgegenzunehmen. Langsam wie im Traum ging sie auf der Hüfte, während ihr die Männer nachblickten. „Sie ist so beglückt, daß sie nichts zu sagen weiß!“ Goch tief es und fiel dann wieder über seine Maßzeit her, während Huron aus der Teichschale schlürfte. Ihn war nicht besonders zornig, denn er wurde aus Esi Verhalten nicht Arg. Er setzte das geleerte Gefäß knallend nieder und schmahte. „Wozu das Kopfzerbrechen über die Weiber, die nur Taufworte bilden.“ Traugen zogen die ersten Sterne am Frühlingshimmel empor. Esi blühte schamlos zu den kleinen Reintieren auf, die eine unerschöpfbare Hand jeden Abend entzündete, nachdem das Feuer des Tages, die große brennende Blut, von den Wädeln des Tees ausgeglüht ward. Seit sie denken lernte, war es so gewesen. Wie kam es, daß sie nun plötzlich über diese Wunder nachdachte? Waren es Odoos dunkle Worte, die sie zum Grübeln über höhere Dinge reizten, oder erlosch das Leid ihr Herz, Wege zu suchen, die über den irdischen Rahmen liefen? Sie fand und sann. Hell blinkten ihre kornen Augen, in denen sich die Sterne spiegeln, denn ein feuchter Schimmer verlieh ihnen besonderen Glanz. Sie spürte es nicht, daß der Schmutz Hurons ihrer Hand entglitt und in den Sand rollte. Odoos Worte klangen in ihr Ohr: „Fürchte dich nicht! Huron mag sich ein anderes Weib nehmen, du bleibst für mich!“ Gamma trat ins Freie, um die Tochter zu suchen. Sie zuckte zusammen, als sie die Kette am Boden liegen sah und blühte sich schen um, ob auch kein Auge den Trevel bemerkte. Sie blühte sich, hob sie schnell auf und schüttelte Esi leise. „Wirst du uns unglücklich machen? Geh zur Ruhe!“ (Fortsetzung folgt.)

feuertische Industrie. Die Gesellschaft ist berechtigt, gleichartige und ähnliche Unternehmen zu erwerben...

Auf Blatt 20693 des Handelsregisters ist heute die Firma 'Taka' Deutsch-amerikanische Handels...

Auf Blatt 20693 des Handelsregisters ist heute die Firma 'Taka' Deutsch-amerikanische Handels...

Auf Blatt 20693 des Handelsregisters ist heute die Firma 'Taka' Deutsch-amerikanische Handels...

Auf Blatt 20693 des Handelsregisters ist heute die Firma 'Taka' Deutsch-amerikanische Handels...

Auf Blatt 20693 des Handelsregisters ist heute die Firma 'Taka' Deutsch-amerikanische Handels...

Auf Blatt 20693 des Handelsregisters ist heute die Firma 'Taka' Deutsch-amerikanische Handels...

Auf Blatt 20693 des Handelsregisters ist heute die Firma 'Taka' Deutsch-amerikanische Handels...

Auf Blatt 20693 des Handelsregisters ist heute die Firma 'Taka' Deutsch-amerikanische Handels...

Auf Blatt 20693 des Handelsregisters ist heute die Firma 'Taka' Deutsch-amerikanische Handels...

Auf Blatt 20693 des Handelsregisters ist heute die Firma 'Taka' Deutsch-amerikanische Handels...

Auf Blatt 20693 des Handelsregisters ist heute die Firma 'Taka' Deutsch-amerikanische Handels...

Auf Blatt 20693 des Handelsregisters ist heute die Firma 'Taka' Deutsch-amerikanische Handels...

Auf Blatt 20693 des Handelsregisters ist heute die Firma 'Taka' Deutsch-amerikanische Handels...

Auf Blatt 20693 des Handelsregisters ist heute die Firma 'Taka' Deutsch-amerikanische Handels...

Auf Blatt 20693 des Handelsregisters ist heute die Firma 'Taka' Deutsch-amerikanische Handels...

Auf Blatt 20693 des Handelsregisters ist heute die Firma 'Taka' Deutsch-amerikanische Handels...

Auf Blatt 20693 des Handelsregisters ist heute die Firma 'Taka' Deutsch-amerikanische Handels...

Auf Blatt 20693 des Handelsregisters ist heute die Firma 'Taka' Deutsch-amerikanische Handels...

Auf dem für die Firma Emil Fiedler & Co. in Pagan geführten Blatt 403 des hiesigen Handels...

Auf dem für die Firma Emil Fiedler & Co. in Pagan geführten Blatt 403 des hiesigen Handels...

Auf dem für die Firma Emil Fiedler & Co. in Pagan geführten Blatt 403 des hiesigen Handels...

Auf dem für die Firma Emil Fiedler & Co. in Pagan geführten Blatt 403 des hiesigen Handels...

Auf dem für die Firma Emil Fiedler & Co. in Pagan geführten Blatt 403 des hiesigen Handels...

Auf dem für die Firma Emil Fiedler & Co. in Pagan geführten Blatt 403 des hiesigen Handels...

Auf dem für die Firma Emil Fiedler & Co. in Pagan geführten Blatt 403 des hiesigen Handels...

Auf dem für die Firma Emil Fiedler & Co. in Pagan geführten Blatt 403 des hiesigen Handels...

Auf dem für die Firma Emil Fiedler & Co. in Pagan geführten Blatt 403 des hiesigen Handels...

Auf dem für die Firma Emil Fiedler & Co. in Pagan geführten Blatt 403 des hiesigen Handels...

Auf dem für die Firma Emil Fiedler & Co. in Pagan geführten Blatt 403 des hiesigen Handels...

Auf dem für die Firma Emil Fiedler & Co. in Pagan geführten Blatt 403 des hiesigen Handels...

Auf dem für die Firma Emil Fiedler & Co. in Pagan geführten Blatt 403 des hiesigen Handels...

Auf dem für die Firma Emil Fiedler & Co. in Pagan geführten Blatt 403 des hiesigen Handels...

Auf dem für die Firma Emil Fiedler & Co. in Pagan geführten Blatt 403 des hiesigen Handels...

Auf dem für die Firma Emil Fiedler & Co. in Pagan geführten Blatt 403 des hiesigen Handels...

Auf dem für die Firma Emil Fiedler & Co. in Pagan geführten Blatt 403 des hiesigen Handels...

Auf dem für die Firma Emil Fiedler & Co. in Pagan geführten Blatt 403 des hiesigen Handels...

Auf dem für die Firma Emil Fiedler & Co. in Pagan geführten Blatt 403 des hiesigen Handels...

Auf dem für die Firma Emil Fiedler & Co. in Pagan geführten Blatt 403 des hiesigen Handels...

Die nächste ärztliche Auswahl zur Zulassung vorläufiglicher Kinder vom 4. bis 6. Jahr findet Mittwoch, den 25. d. M., vormittags 9 bis 11 Uhr, Landhaus...

Die nächste ärztliche Auswahl zur Zulassung vorläufiglicher Kinder vom 4. bis 6. Jahr findet Mittwoch, den 25. d. M., vormittags 9 bis 11 Uhr, Landhaus...

Die nächste ärztliche Auswahl zur Zulassung vorläufiglicher Kinder vom 4. bis 6. Jahr findet Mittwoch, den 25. d. M., vormittags 9 bis 11 Uhr, Landhaus...

Die nächste ärztliche Auswahl zur Zulassung vorläufiglicher Kinder vom 4. bis 6. Jahr findet Mittwoch, den 25. d. M., vormittags 9 bis 11 Uhr, Landhaus...

Die nächste ärztliche Auswahl zur Zulassung vorläufiglicher Kinder vom 4. bis 6. Jahr findet Mittwoch, den 25. d. M., vormittags 9 bis 11 Uhr, Landhaus...

Die nächste ärztliche Auswahl zur Zulassung vorläufiglicher Kinder vom 4. bis 6. Jahr findet Mittwoch, den 25. d. M., vormittags 9 bis 11 Uhr, Landhaus...

Die nächste ärztliche Auswahl zur Zulassung vorläufiglicher Kinder vom 4. bis 6. Jahr findet Mittwoch, den 25. d. M., vormittags 9 bis 11 Uhr, Landhaus...

Die nächste ärztliche Auswahl zur Zulassung vorläufiglicher Kinder vom 4. bis 6. Jahr findet Mittwoch, den 25. d. M., vormittags 9 bis 11 Uhr, Landhaus...

Die nächste ärztliche Auswahl zur Zulassung vorläufiglicher Kinder vom 4. bis 6. Jahr findet Mittwoch, den 25. d. M., vormittags 9 bis 11 Uhr, Landhaus...

Die nächste ärztliche Auswahl zur Zulassung vorläufiglicher Kinder vom 4. bis 6. Jahr findet Mittwoch, den 25. d. M., vormittags 9 bis 11 Uhr, Landhaus...

Die nächste ärztliche Auswahl zur Zulassung vorläufiglicher Kinder vom 4. bis 6. Jahr findet Mittwoch, den 25. d. M., vormittags 9 bis 11 Uhr, Landhaus...

Die nächste ärztliche Auswahl zur Zulassung vorläufiglicher Kinder vom 4. bis 6. Jahr findet Mittwoch, den 25. d. M., vormittags 9 bis 11 Uhr, Landhaus...

Die nächste ärztliche Auswahl zur Zulassung vorläufiglicher Kinder vom 4. bis 6. Jahr findet Mittwoch, den 25. d. M., vormittags 9 bis 11 Uhr, Landhaus...

Die nächste ärztliche Auswahl zur Zulassung vorläufiglicher Kinder vom 4. bis 6. Jahr findet Mittwoch, den 25. d. M., vormittags 9 bis 11 Uhr, Landhaus...

Die nächste ärztliche Auswahl zur Zulassung vorläufiglicher Kinder vom 4. bis 6. Jahr findet Mittwoch, den 25. d. M., vormittags 9 bis 11 Uhr, Landhaus...

Die nächste ärztliche Auswahl zur Zulassung vorläufiglicher Kinder vom 4. bis 6. Jahr findet Mittwoch, den 25. d. M., vormittags 9 bis 11 Uhr, Landhaus...

Die nächste ärztliche Auswahl zur Zulassung vorläufiglicher Kinder vom 4. bis 6. Jahr findet Mittwoch, den 25. d. M., vormittags 9 bis 11 Uhr, Landhaus...

Die nächste ärztliche Auswahl zur Zulassung vorläufiglicher Kinder vom 4. bis 6. Jahr findet Mittwoch, den 25. d. M., vormittags 9 bis 11 Uhr, Landhaus...

Die nächste ärztliche Auswahl zur Zulassung vorläufiglicher Kinder vom 4. bis 6. Jahr findet Mittwoch, den 25. d. M., vormittags 9 bis 11 Uhr, Landhaus...

Die nächste ärztliche Auswahl zur Zulassung vorläufiglicher Kinder vom 4. bis 6. Jahr findet Mittwoch, den 25. d. M., vormittags 9 bis 11 Uhr, Landhaus...

heit und das Wesen. Berichtet wurden drei erste Preise in der Höhe von je 150 M., zehn weitere Preise zu je 100 M. und 25 dritte Preise zu je 50 M.

heit und das Wesen. Berichtet wurden drei erste Preise in der Höhe von je 150 M., zehn weitere Preise zu je 100 M. und 25 dritte Preise zu je 50 M.

heit und das Wesen. Berichtet wurden drei erste Preise in der Höhe von je 150 M., zehn weitere Preise zu je 100 M. und 25 dritte Preise zu je 50 M.

heit und das Wesen. Berichtet wurden drei erste Preise in der Höhe von je 150 M., zehn weitere Preise zu je 100 M. und 25 dritte Preise zu je 50 M.

heit und das Wesen. Berichtet wurden drei erste Preise in der Höhe von je 150 M., zehn weitere Preise zu je 100 M. und 25 dritte Preise zu je 50 M.

heit und das Wesen. Berichtet wurden drei erste Preise in der Höhe von je 150 M., zehn weitere Preise zu je 100 M. und 25 dritte Preise zu je 50 M.

heit und das Wesen. Berichtet wurden drei erste Preise in der Höhe von je 150 M., zehn weitere Preise zu je 100 M. und 25 dritte Preise zu je 50 M.

heit und das Wesen. Berichtet wurden drei erste Preise in der Höhe von je 150 M., zehn weitere Preise zu je 100 M. und 25 dritte Preise zu je 50 M.

heit und das Wesen. Berichtet wurden drei erste Preise in der Höhe von je 150 M., zehn weitere Preise zu je 100 M. und 25 dritte Preise zu je 50 M.

heit und das Wesen. Berichtet wurden drei erste Preise in der Höhe von je 150 M., zehn weitere Preise zu je 100 M. und 25 dritte Preise zu je 50 M.

heit und das Wesen. Berichtet wurden drei erste Preise in der Höhe von je 150 M., zehn weitere Preise zu je 100 M. und 25 dritte Preise zu je 50 M.

heit und das Wesen. Berichtet wurden drei erste Preise in der Höhe von je 150 M., zehn weitere Preise zu je 100 M. und 25 dritte Preise zu je 50 M.

heit und das Wesen. Berichtet wurden drei erste Preise in der Höhe von je 150 M., zehn weitere Preise zu je 100 M. und 25 dritte Preise zu je 50 M.

heit und das Wesen. Berichtet wurden drei erste Preise in der Höhe von je 150 M., zehn weitere Preise zu je 100 M. und 25 dritte Preise zu je 50 M.

heit und das Wesen. Berichtet wurden drei erste Preise in der Höhe von je 150 M., zehn weitere Preise zu je 100 M. und 25 dritte Preise zu je 50 M.

heit und das Wesen. Berichtet wurden drei erste Preise in der Höhe von je 150 M., zehn weitere Preise zu je 100 M. und 25 dritte Preise zu je 50 M.

heit und das Wesen. Berichtet wurden drei erste Preise in der Höhe von je 150 M., zehn weitere Preise zu je 100 M. und 25 dritte Preise zu je 50 M.

heit und das Wesen. Berichtet wurden drei erste Preise in der Höhe von je 150 M., zehn weitere Preise zu je 100 M. und 25 dritte Preise zu je 50 M.

heit und das Wesen. Berichtet wurden drei erste Preise in der Höhe von je 150 M., zehn weitere Preise zu je 100 M. und 25 dritte Preise zu je 50 M.

heit und das Wesen. Berichtet wurden drei erste Preise in der Höhe von je 150 M., zehn weitere Preise zu je 100 M. und 25 dritte Preise zu je 50 M.

Mitteilungen aus der öffentlichen Verwaltung.

Die sieben erscheinende 2. Nummer des Ministerialblattes für die Sächsische Landesverwaltung, herausgegeben vom Ministerium des Innern...

Von der Synode.

Dresden, 18. Januar. Die Synode begann heute die endgültige Beratung der sächsischen Kirchenverfassung...

Lohnbewegung.

Dresden, 18. Januar. Vom Arbeitgeberverband sächsischer Gemeinden wird mitgeteilt: Gekoren fanden zwischen dem Arbeitgeberverband einerseits und dem Verbande der Ge-

meinde- und Staatsarbeiter sowie dem Metallarbeiterverband andererseits Verhandlungen statt über eine von den Gewerkschaften beantragte Lohnhöhung...

Örtliche Angelegenheiten.

Dresden, 18. Januar. Die hiesigen Finanzämter teilen mit folgendes mit: Den Steuerpflichtigen sind in der letzten Zeit die Einkommensteuerbescheide für das Rechnungsjahr 1920 zugegangen...

Sächsische Angelegenheiten.

Preisauschreiben der Lingner-Stiftung. Das Preisauschreiben der Lingner-Stiftung über hygienische Fragen für Schüler im Preisjahr Sachsen 1921, das zweite seiner Art, ist wiederum zu Bewisshaken abgeschlossen worden...

Der Heim-Ausflieger-Verein.

(N.) Die Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei teilt mit: Unter Mitwirkung gemeinsamer Schlichter, im öffentlichen Leben schwebender Persönlichkeiten, denen am Wohle unserer Jugend liegt...

Altershilfe des Deutschen Volkes.

(N.) Die Reichsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege in Berlin hat eine Vollsammlung für das notleidende Alter unter dem Namen 'Altershilfe des Deutschen Volkes' in die Wege geleitet...

Wochenbericht des Landesamts für Arbeitsvermittlung.

(N.) Die letzte Veröffentlichung des Arbeitsmarktes hielt auch in der Berichtswochen an. Die Vermittlung hatte unter der Leitung der Arbeitsvermittlung zu leiden...

leute sowie gebildete Stenotypistinnen gesucht.
Nur Kaufleute sind nirgends unterzubringen.

Unterbringung der Vertriebs-empfangler.

Der Hans, Reichsorganisation für persönliche Berufsvermittlung, G. B., nimmt vom 1. Januar 1923 ab die früheren Beamten der Verkehr- und Ratenerwaltung in Betreuung und vermittelt ihnen Stellen in privaten Betrieben.

Nachgebühr für unzureichend freigelegte Briefsendungen.

Für nicht oder unzureichend freigelegte Postkarten und Briefe sowie für unzureichend freigelegte Drucksachen, Geschäftsbriefe, Warenproben und Briefsendungen wird seit dem 1. Januar gemäß den Bestimmungen des Postgesetzes das Doppelte des Gebührens, mindestens aber ein Betrag von 50 Pf., nachgehoben.

Brandschäden an Maschinen.

Maschinenbesitzer, die ihre Maschinen mit Schädigung bei der Landesbrandversicherung versichert haben, haben im Schadensfall großes Interesse an einer schnellen Schadenerregung. Um diese zu ermöglichen, wird den Versicherungsnehmern empfohlen, von jedem Schadenfall das zuzunehmende staatliche Brandversicherungsgesetz für Maschinen sofort zu benachrichtigen.

nen in Juidau Ea., Nordstraße 14, Telephon Nr. 2106, für den Bezirk der Kreisbauernschaft Juidau.

Wahltag. In der Gemeinderatsitzung am gestrigen Dienstag ist die Wahl der Gemeindevorstände vorgenommen worden. Es waren zwei Vorschläge eingegangen. Die Abstimmung ergab für den Vorschlag Stelle 12, für den Vorschlag Karisch 4 Stimmen.

Heidenau. In der ersten diesjährigen Sitzung des Gemeinderates übernahm der neue Gemeindevorstand Renke die Leitung der Gemeindeverwaltung und betonte vor allem die Pflicht einer Gemeinde die Heidenau, den sozialistischen Gedanken in die Tat umzusetzen.

Wangen. Bei dem hiesigen Standesamt wurden im Jahre 1921 688 Geburten beurkundet gegen 781 im Vorjahre. Es wurden 364 Knaben und 324 Mädchen geboren, davon waren 49 Knaben und 39 Mädchen unehelich.

Bischofsberga. Nach 1922 beginnt die Umwandlung des hiesigen Seminars in eine Deutsche Oberschule, Typus B (Ziel: Universitätsstufe; zwei Fremdsprachen als Pflichtfächer, eine dritte als Wahlfach).

Glauchau. Um Wohnungsuchende unterzubringen, hat der Stadtrat zu Glauchau

folgenden Beschluß gefaßt: Wer in Glauchau eine selbständige Wohnung mit Küche mietet und in einer solchen Wohnung Räume zur mietweisen Überlassung an einen Wohnungsuchenden freimacht und die Mitbenutzung seiner Küche und des Abtritts dem Wohnungsuchenden gestattet, kann eine Prämie im Betrage bis zu 1000 M. aus städtischen Mitteln erhalten, wenn die Vergütung der freigemachten Räume im Einverständnis mit dem Wohnungsamte geschieht und die Räume für eine Spangsteilung nicht in Frage kommen.

Glauchau. Der Gemeindevorstand von Oberlungwitz ist vom Bezirksausschuß der Amtshauptmannschaft Glauchau als berufsmäßig anerkannt worden.

Annaberg. Die Folgen des Krieges haben sich auch bei der diesjährigen Anmeldung der schulpflichtigen Kinder in Annaberg bemerkbar gemacht. Während im Vorjahre noch gegen 130 Mädchen und annähernd ebensoviel Knaben angemeldet wurden, fanden sich zur diesjährigen Anmeldung nur 65 Mädchen und 63 Knaben ein.

Werdau. In Werdau wird gegenwärtig der Bau einer Industriehalle für die Ortseigenen, Brauerei und Ruppertsgrün geplant. Die Halle soll von dem Ende der abgeworfenen alten Werdau-Weidauer Straße ausgehen und durch den Ort Werdau nach der Forstmannstraße führen. Die Finanzierung wird dem Privatkapital überlassen bleiben, da eine staatliche Beihilfe nicht zu erwarten ist.

Wittichenau. Die Gemeinde hat in vergangener Woche 1064 896 M. leihen müssen, um weitere wirtschaften zu können.

Wittichenau. Das Kriegsjahr über die losenlose Totenbestattung ist vom Bezirksausschuß der Amtshauptmannschaft Rochitz genehmigt worden.

Kue. Der Verwaltungsbericht des Bürgermeisters Holmann schildert die wirtschaftlichen Verhältnisse der Stadt im vergangenen Jahre als günstige. Die Industrieunternehmungen waren fast beschäftigt. Die Zahl der Arbeiter betrug 7811, die der Angestellten 1180, das sind 10 Proz. mehr Arbeiter als im letzten Friedensjahre; Erwerbslose gab es im Januar 1923, im November nur noch 4; bedeutende Jubiläumserweiterungen deuten auf einen starken Geschäftsgang hin.

Witzsch. In einer ersten Gemeindevorstandssitzung ist mit 200 gegen 77 Stimmen beschlossen worden, den Vorden des Gemeindevorstandes künftig einem sozialdemokratischen Parteimitglied zu übertragen.

Witzsch. Rechtsanwalt Dr. Buchheim ist zum Notar für Witzsch auf seine lange Zeit, als er hier seinen Amtssitz haben wird, vom Justizminister ernannt worden.

Parochie Zirperdorf von Arnoldsgrün auf, das nur wenig über 400 Seelen zählt, kirchlich mit versorgt wird, tritt jetzt ein ähnlicher Plan in den Vordergrund. Herr Jäger verläßt Ende dieses Monats seinen Wirkungskreis, die 475 Seelen zählende Kirchengemeinde Planitzsch-Wagwitz. Die Kirchparochie Taltitz ist ebenfalls nur 560 Bewohner, jedoch es dem dortigen Herrscher ein leichtes wäre, die Ansicht Planitzsch mit zu verwalten. Die obere Kirchenbehörde ist bisher der Befehlsfrage über der Bestellung von Geistlichen für das Planitzsch-Wagwitz Parochie noch nicht näher getreten.

Tageschronik.

Berlin, 18. Januar. Gestern morgen hat sich in der Königsstraße ein Zusammenstoß zweier Straßenbahnwagen ereignet. Die Vorderperson der beiden Wagen wurden vollständig zertrümmert; vierzehn Personen haben Verletzungen erlitten, davon einige schwere.

Berlin, 18. Januar. In der Fahrenhofer Brauerei in der Reichenstraße gerieten gestern abend gegen 8,15 Uhr der 47jährige Brauereiarbeiter Wilhelm Kohn aus der Fahrenhofer Straße 31 und der 49jährige Kellermeister Christian Beyer aus Spandau in einen Streit. In dessen Verlauf stürzte sich Kohn mit einem Messer auf Beyer und verletzte ihn mehrere Male in die Brust, so daß dieser tödlich getroffen zusammenbrach. Der Täter ist festgenommen, die Leiche des Ermordeten nach dem Schauspieldom gebracht worden.

Heidelberg, 18. Januar. Am gestrigen Dienstag, dem zweiten Verhandlungstag im Nordprozess Siebert, hatte sich der Angeklagte über seinen Waffenbesitz zu äußern. Nach seinen Angaben stammt das am Tatort aufgefunden und von dem Angeklagten als sein Eigentum anerkannte Gewehr von der Fliegerabteilung 9 in Darmstadt. Tutz Verhör des Angeklagten nahm er ihm das Aussehen eines Wundstarrkops. Am 28. April 1921 brachte er dieses Gewehr von einer Urlaubreise mit nach Heidelberg. Am 29. April wurde der Raubanfall auf den Ingenieur Link verübt. Das Gewehr hat Siebert nach seinen Angaben am 25. Juni zwei unbekanntem Männern in Heidelberg um den Preis von 800 M. verkauft. Auf diese Angelegenheit soll später zurückgekommen werden.

Hamburg, 18. Januar. Der Berliner Wettkongressleiter Hermann Goepfer, früher Jahrestaktler, der von einem Berliner Untersuchungsrichter gesucht wurde, ist von der Hamburger Polizei in der Wohnung seiner Frau, an der Wandsbeker Chaussee, verhaftet worden. Er hatte seinen Konzern, den er in der Wandsbeker Berliner Wettkongressleitung gegründet hatte, dem Schuldenkongress angeschlossen, war aber gescheitert, da er alles Geld verschleudert hatte und die fällige 1 1/2 Millionen nicht aufbringen konnte. Ferner ist in einem Hotel der Wettkongressleiter Kaufmann Seibel verhaftet worden, der etwa eine halbe Million besitzt und das Geld dann verspielt hatte. Er war im Besitz von 7 M.

Dresdner Börse, 17. Januar 1923.

Table with columns for Deutsche Staatspapiere, Verschiedene Anleihen, Stadt-Anleihen, and other financial data.

Table with columns for Tische, Pfand- u. Hypoth.-Briefe, Transport-Aktien, and other financial data.

Table with columns for Papier u. Wechsel, Metallind.-Akt., and other financial data.

Table with columns for Eisen- u. Stahlind.-Akt., Bergbau-, Zinn-, Glas-, etc., and other financial data.

* Kündelbücher. Die den einzelnen Wertpapieren beizugehörigen Ziffern bedeuten die Prozentzahl oder letzten Dividenden.

Kunstanzeigen.

Mitteilungen der Sächsischen Staatstheater. Opernhaus. Das Schauspiel 'Preciosa' von F. v. Schiller...

Schauspielhaus. Die Aufführung des neuen Dramas 'Hobset' von Walter Hasenclever...

Residenztheater. Die Besetzung für die dritte Abonnementsreihe...

Mitteilung des Residenztheaters. Da der Andrang nach 'Schäm dich - Lottie'...

Treschner Volkstheater. Für die Konzert- und Vorstellung im Schauspielhaus...

Sport.

Turnen.

Am nächsten Freitag 19 Uhr abends hält die Turnvereinsleitung...

Deutsche Bobfahrgemeinschaft.

Bei den Kämpfen um die Deutsche Bobfahrgemeinschaft...

Deutsche Fußballspieler in Spanien.

Der deutsche Fußballspieler I. v. C. Körner...

Volkswirtschaftliches.

Die Keramik auf der Jahreschau Deutscher Arbeit Dresden 1922.

Die keramische Industrie kann feststellen, daß für sie die 3 Jahre seit dem Ausbruch...

es das in der sichern Erwartung tun, daß die keramische Industrie ihre Leistungen...

Die Baumwollindustrie im Jahre 1921. Die Baumwollindustrie ist im verflochtenen Jahre...

Die Baumwollindustrie im Jahre 1921. Die Baumwollindustrie ist im verflochtenen Jahre...

Die Baumwollindustrie im Jahre 1921. Die Baumwollindustrie ist im verflochtenen Jahre...

Die Baumwollindustrie im Jahre 1921. Die Baumwollindustrie ist im verflochtenen Jahre...

Die Baumwollindustrie im Jahre 1921. Die Baumwollindustrie ist im verflochtenen Jahre...

Die Baumwollindustrie im Jahre 1921. Die Baumwollindustrie ist im verflochtenen Jahre...

Die Baumwollindustrie im Jahre 1921. Die Baumwollindustrie ist im verflochtenen Jahre...

Die Baumwollindustrie im Jahre 1921. Die Baumwollindustrie ist im verflochtenen Jahre...

Table with 4 columns: Name, Value, Name, Value. Lists various items and their prices.

Table with 4 columns: Name, Value, Name, Value. Lists various items and their prices.

Die Girokasse Plauen i. S. des Giroverbandes Sächsischer Gemeinden...

Die Girokasse Plauen i. S. des Giroverbandes Sächsischer Gemeinden...

Die Girokasse Plauen i. S. des Giroverbandes Sächsischer Gemeinden...

Die Girokasse Plauen i. S. des Giroverbandes Sächsischer Gemeinden...

Die Girokasse Plauen i. S. des Giroverbandes Sächsischer Gemeinden...

Die Girokasse Plauen i. S. des Giroverbandes Sächsischer Gemeinden...

Sächsische Holzverfeinerungsergebnisse.

Table with 5 columns: Amtshauptmannsch., Holzart, Preis je Fm in Mark. Lists wood types and prices.

Um Mitteilung von Verfeinerungsergebnissen erucht die Geschäftsstelle des Landesverbandes...

Table with 2 columns: Name, Value. Lists various items and their prices.

Landeswetterkarte. Dresden: Höhe 110 m. Min. -3,7. Max. 2,5.

Landeswetterkarte. Dresden: Höhe 110 m. Min. -3,7. Max. 2,5.

Landeswetterkarte. Dresden: Höhe 110 m. Min. -3,7. Max. 2,5.

Landeswetterkarte. Dresden: Höhe 110 m. Min. -3,7. Max. 2,5.

Landeswetterkarte. Dresden: Höhe 110 m. Min. -3,7. Max. 2,5.

Landeswetterkarte. Dresden: Höhe 110 m. Min. -3,7. Max. 2,5.

KLEINKUNSTBÜHNE BELVEDERE. Demokritos, Beatrice Friedl, Hugo Draessel, Georgis und Paulianne, Ricca Pjernerth, Hans Hauser, Enusca Bonzo, Hermann Staebner.

Hilfert Konditorei. Erstklassiges Café, Bestellungs-Geschäft, Inh. Paul Hilfert.

Sächsische Staatszeitung. Einzelne Nummern 40 Pfg. in Dresden-K. in der Geschäftsstelle Große Zwingstraße 16.

Tonkünstler-Verein. Freitag, 20. Jan., 7 Uhr: 2. Aufführungs-Abend im Gewerbehause.

Neuhaustheater. Schauspielhaus. Die zweite Jugend. Anfang 1/2 8 Uhr.

Pelzwaren. Carl Dreier. Wettinerstr. 38 I. Stock.

Zentraltheater. Die Braut des Zucullino. Anfang 1/2 8 Uhr.

Vittoriatheater. Täglich: Komiker Schlagheim mit Gesellschaft.

Familiennachrichten. Verlobt: Dr. Bildhauer Albert Spindler mit Frä. Maria Susanna Richter.